



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Spannungsfeld Human Security:

Kohärente Strategien oder diskursive Konzepte?“

Human Security Konzepte und ihre Umsetzung seit 9/11 am Beispiel Japan und
ASEAN in Vietnam.

verfasst von

Thomas Huber

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer: Mag. Dr. Alfred Gerstl, MIR

ERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und die verwendete Literatur wörtlich oder dem Sinne nach übernommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Ich habe die vorliegende Arbeit bzw. Teile davon weder im In- noch im Ausland einer Beurteilerin / einem Beurteiler zur Begutachtung als Prüfungsarbeit vorgelegt.

Thomas Huber, Wien 2014

VORWORT

Bedanken möchte ich mich bei meinem Betreuer, Mag. Dr. Alfred Gerstl MIR, der mir mit seinen wertvollen Anregungen und seiner Expertise sowie seiner Ruhe und vor allem Geduld ermöglichte, diese Arbeit fertig zu stellen.

Danken möchte ich auch meiner Freundin Daniela, die mir viel Toleranz und Verständnis entgegenbrachte und mir beharrlich zur Seite steht – DANKE! Meine Freunde und Geschwister sind hier ebenfalls zu nennen, welche mich immer wieder motivierten und nicht nur ein offenes Ohr, sondern vor allem einen offenen Geist für mich hatten.

Schließlich danke ich ganz besonders meinen Eltern für den beständigen Rückhalt, ohne sie wäre ich nicht der Mensch, der ich heute bin. In großer Liebe ist ihnen diese Arbeit gewidmet.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung.....	6
1.1 Zentrale Forschungsfragen und Hypothese.....	9
1.1.1 Hauptfrage.....	9
1.1.2 Folgefragen	9
1.1.3 Hypothese	9
1.2 Methode und theoretischer Zugang	9
1.3 Entwicklungspolitischer Kontext.....	10
2. Der Sicherheitsbegriff und humanitäre Intervention	16
2.1 Der Erweiterte Sicherheitsbegriff	19
2.2 Humanitäre Interventionen und die Verantwortung zum Schutz.....	21
3. Das Konzept Human Security	25
3.1 Herkunft, Entstehung und Definitionen	26
3.1.1 Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP	26
3.1.2 Kanada: Freedom from fear	28
3.1.3 Japan: Freedom from want.....	29
3.1.4 Commission on Human Security CHS.....	30
3.2 Grundlegende Prinzipien Menschlicher Sicherheit	33
3.2.1 Sicherheit des Individuums.....	33
3.2.2 Abwesenheit von Unsicherheit	34
3.2.3 Interdependenz von Sicherheit.....	35
3.3 Sichtweisen von Human Security.....	35
3.3.1 Human Security Network HSN	36
3.3.2 Europäische Union	37
3.3.3 Association of South East Asian Nations ASEAN	40
3.4 Kritik an der Human Security Konzeption	45
3.4.1 Konzeptuelle Kritik: unklare Definition Menschlicher Sicherheit.....	45
3.4.2 Theoretische Implikation: Sicherheitspolitische Entwicklungspolitik durch westliches Sicherheitsdenken	46

3.4.3	Moralische Implikation: Die globalisierungskritische Perspektive.....	47
4.	Menschenrechte und asiatische Werte.....	49
4.1.1	Menschenrechte – geschichtlicher Überblick	50
4.1.2	Asiatische und japanische Werte	51
5.	Akteure.....	53
5.1	ASEANs Agenden menschlicher Sicherheit.....	54
5.1.1	Die ASEAN Charter	55
5.1.2	Die ASEAN Intergovernmental Commission on Human Rights AICHR	58
5.2	Human Security in Japans Entwicklungszusammenarbeit.....	61
5.2.1	Japans öffentliche Entwicklungsausgaben ODA	62
5.2.2	Die Japan International Cooperation Agency JICA	67
6.	Implementierung	69
7.	Ergebnis und Diskussion	73
	Bibliographie.....	78
	Abkürzungsverzeichnis	85
	Abbildungsverzeichnis	86
	Abstracts	87
	Lebenslauf (gekürzt).....	89

1. EINLEITUNG

[We] will not enjoy development without security, we will not enjoy security without development, and we will not enjoy either without respect for human rights. Unless all these causes are advanced, none will succeed.¹

Das Verhältnis von Sicherheit, Souveränität und Menschenrechte ist seit Ende des Kalten Krieges genau wie die Unterscheidung zwischen Friedenssicherung und Friedensstiftung zunehmend komplexer geworden.²

Die Natur der Konflikte hat sich seither erheblich verändert: Nicht mehr zwischenstaatliche Konflikte, sondern bewaffnete innerstaatliche Auseinandersetzungen aufgrund sozialer, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit stehen seitdem im Vordergrund. Der Staat verfügt meist nicht mehr über das Primat der Gewaltausübung, werden doch diese neuen Konflikte in der Regel von nichtstaatlichen Akteuren geprägt, die einseitige Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung und Menschenrechtsverletzungen begehen.³

Sukzessive Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien (1991-1995) und der Genozid in Ruanda 1994 trugen zu gemeinsamen internationalen Anstrengungen im Vorgehen gegen derartige Gräueltaten bei. Maßnahmen zur Verhinderung und Unterbindung von akuten Menschenrechtsverletzungen in aktuellen Krisenherden, durchgeführt von internationalen und regionalen Organisationen wie den Vereinten Nationen (UNO), dem Nordatlantischen Verteidigungspakt (NATO) oder der Europäischen Union (EU), aber auch von einzelnen Akteuren wie von den Vereinigten Staaten (z.B. Somalia 1992/93), erzielen oft nicht das gewünschte Ergebnis und ziehen mehrfach kontroverse Meinungen und Maßnahmen nach sich. Obwohl mit diesen Handlungen die Stabilisierung der lokalen Sicherheitslage sowie die Verbreitung von

¹ Annan 2005: Abs.17.

² Vgl. Richmond 2001: 35.

³ Vgl. Sand 1995: n.

Menschenrechten und Demokratie erreicht werden sollte, steht dieses Vorhaben bei den mitwirkenden Akteuren nicht immer an erster Stelle. Vielmehr bestimmen oftmals geostrategische und energiepolitische Überlegungen ihre Interessen. Ungefähr zur selben Zeit wurde mit dem *human rights based Approach*, dem Menschenrechtsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit, ein neues Konzept entwickelt, welches mit der Integration der Menschenrechte in die entwicklungspolitische Praxis den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Durch den Wegfall der kommunistischen Bedrohung und die Befreiung der Massen in der ehemaligen Sowjetrepubliken wurden nationale Sicherheitsinteressen hintangestellt, dem Individuum dafür im internationalen Sicherheitsdiskurs mehr Aufmerksamkeit zuteil. Die Einführung des Konzepts der Menschlichen Sicherheit verschiebt den Fokus von einer auf den Staat gerichteten Sicherheit auf einen personenzentrierten Sicherheitsbegriff. Vorerst als Doktrin einer neuen Sicherheitspolitik der Regierungen Kanadas und Japans eingesetzt, wurde dieses in der Mitte der 90er Jahre von den Vereinten Nationen aufgegriffen und so innerhalb kurzer Zeit zu einem gepriesenem Instrument, um menschliche Entwicklung mittels menschlicher Sicherheit weltweit zu beschleunigen. Die politischen und militärischen Nachwehen der Terroranschläge 2001 in New York und die Folgeanschläge in London und Madrid wirkten sich destabilisierend auf das UN-System aus und führten zur Besetzung Afghanistans und des Iraks durch die USA und ihren Verbündeten ohne UN-Mandat. Eben war noch vom Ende der Geschichte die Rede, nun kommt es anscheinend doch zum von Samuel Huntington prophezeiten Kampf der Kulturen; die Friedensdividende und die wirtschaftliche Aufholjagd der sogenannten Entwicklungsländer wurden vernachlässigt und ein jähes Ende zu nehmen. Mit dem Krieg gegen den Terror erstarkte weltweit ein neues Sicherheitsbewusstsein. Von diesem Zeitpunkt an stehen private Sicherheitsfirmen im Sold von Nationalstaaten und neue Sicherheitsdoktrinen werden geradezu unbedenklich in die Gesetzgebungen der Staaten übernommen.

Der *war on terror*, seit 9/11 verantwortlich als prägender Ausdruck der internationalen Medienlandschaft für Sicherheit, ist die neue Herausforderung unseres globalen Sicherheitsdenkens. Mehr als bezeichnend dafür ist die

Schaffung eines eigenen Ministeriums in den USA, welches mit *Homeland Security*⁴ den Begriff der Sicherheit in ihrem Namen trägt.

Im gegenwärtigen Jahrhundert ist Sicherheit nicht mehr nur Angelegenheit von Politik und Verteidigungsministerien, vielmehr arbeiten diese gemeinsam mit NGOs und zivilen Akteuren im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) an Strategien zur Bewältigung dieser mehrdimensionalen Herausforderung. Jedoch ist es bislang nicht gelungen, gegenwärtige Sicherheitsfragen in Begriffen auszudrücken, die sowohl für militärische Personen als auch für humanitäre Organisationen vertretbar wären, selbst wenn diese Begriffe mehr als notwendig sind.⁵

Das Konzept der menschlichen Sicherheit erhebt den Anspruch, die Sphären für die Verbesserung der Sicherheit für den Menschen abzudecken und diese schrittweise zu verbessern. Darum erscheint es mir sinnvoll, dieses Konzept in seiner Anwendung zu betrachten um zu erfahren, ob es seinen Anforderungen gerecht wird.

⁴ Vgl. Beebe/Kaldor 2012: 15.

⁵ Vgl. Ebd. 17.

1.1 ZENTRALE FORSCHUNGSFRAGEN UND HYPOTHESE

1.1.1 HAUPTFRAGE

Wie werden Konzepte von Human Security in die Agenden von ASEAN als regionaler und Japan als internationalen Akteur der Entwicklungszusammenarbeit übernommen?

1.1.2 FOLGEFRAGEN

- Welche Konzepte werden von diesen Akteuren übernommen und wie werden diese verstanden?
- Werden diese Konzepte von den Akteuren modifiziert, wenn ja, wie werden sie angewendet?
- Wo liegen die Stärken, wo liegen die Schwächen dieser Ansätze?

1.1.3 HYPOTHESE

Die Anwendung des Human Security – Konzepts in der offiziellen Entwicklungshilfe der ODA wird von nationalen und internationalen Akteuren in Südostasien vorwiegend von ihren eigenen Interessen geprägt. Die Versicherheitlichung der EZA in den vergangenen Jahren erlaubt es ihnen, ihren Programmen zu mehr Akzeptanz im jeweiligen Land zu verhelfen.

Am Beispiel von ASEAN und Japan möchte ich aufzeigen, ob menschliche Sicherheit als Vorwand für andere Interessen dient und wie sich diese auf das Empfängerland Vietnam auswirken.

1.2 METHODE UND THEORETISCHER ZUGANG

Die erwähnte Fragestellung soll durch eine vergleichende Literaturanalyse und Quellenkritik geklärt werden. Dies werden wir mittels einer Untersuchung der relevanten Literatur aus Sicherheits- und Entwicklungsforschung, die sich vor

allem aus Texten in Aufsatzsammlungen und wissenschaftlichen Artikeln in Zeitschriften zusammensetzt, erreichen können. Neben *Policies*, *Reports* und Sekundärliteratur wurden auch Webseiten und Blogs von relevanten Akteuren und Organisationen herangezogen.

Dazu ist es notwendig, zuerst die Herkunft des Human Security Konzepts zu betrachten sowie die verschiedenen Ansätze und ihre Verankerung ausfindig zu machen. Dabei richten wir den Fokus auf Japan und ASEAN und sehen uns an, wie sie als Akteur der EZA Human Security in ihre Agenden aufnehmen und verstehen. Anschließend sollen diese theoretischen Vorgaben in Vietnam der Praxis unterzogen werden. Diese Erkenntnisse sollen uns dabei helfen, die Anwendung konkreter Human Security Projekte in Südostasien zu untersuchen und anschließend bewerten zu können.

1.3 ENTWICKLUNGSPOLITISCHER KONTEXT

Die Schaffung „menschlicher Sicherheit“ ist seit jeher zentrales Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit, ohne dass es allerdings so benannt worden wäre.⁶

Human Security is a concept emerging not from the learned writings of scholars but from the daily concerns of people – from the dread of a woman that she may be raped in a lonely street at night, from the anguish of parents over the spread of drugs among their children, from the choked existence of prosperous communities in increasingly polluted cities, from the fear of terrorism suddenly striking any life anywhere without reason.⁷

Entwicklung und Sicherheit stellen zwei Seiten derselben Medaille dar. Konnten sie in der internationalen Politik lange Zeit kaum Berührungspunkte aufweisen, so näherten sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zusehends an. Alleine die steigende Bedeutung von Kooperationen zwischen zivilen und nicht-zivilen bzw. militärischen Akteuren auf internationaler Ebene lässt darauf schließen. Entscheidend ist dabei das optimale Ineinandergreifen von militärischen und zivilen Maßnahmen, welche als Ziel die Sicherheit der Bevölkerung und die Stabilisation der Gesellschaften verfolgen. Die

⁶ Sand 1995: o.

⁷ Haq 1995: 116.

in der Praxis nunmehr enge Verknüpfung von Entwicklungs- und Sicherheitsaspekten resultiert nicht zuletzt aus den politischen Prinzipien und Zielsetzungen einzelner Staaten wie Kanada oder Japan, regionaler Bündnisse wie der Europäischen Union oder der *Association of South East Asian Nations* (ASEAN) und internationaler Organisationen wie den Vereinten Nationen (UN). Es wäre jedoch blauäugig anzunehmen, dass diese Akteure nicht im eigenen Interesse handeln wenn sie versuchen, die Sicherheitslage in scheinbar fernen und abgelegenen Regionen zu stabilisieren. Denn die Globalisierung erlaubt, dass Konflikte und Krisen über die jeweiligen Grenzen von betroffenen Staaten oder Regionen hinauswirken und zu einem Sicherheitsrisiko für andere Länder werden können (z.B. Flüchtlingsströme, Menschenhandel, die Verbreitung von Schusswaffen, Drogenhandel; Terroristen, denen sich in *failed states* Unterschlupf und Gelegenheiten zur Rekrutierung bieten).⁸

Entwicklung im Sinne von steigendem Wohlstand und der Verbesserung des Lebensstandards ist ein steter Prozess des Übergangs und daher anfällig für Instabilität und Unsicherheit. Es kann nicht per se davon ausgegangen werden, dass das Wirtschaftswachstum eines Landes auch bis zu den Ärmsten der Armen vordringt, vielmehr kann ihre ohnehin bereits prekäre Situation dadurch zusätzlich verschlechtert werden. Die vom Internationalen Währungsfond (IMF) und Weltbank (WB) proklamierten Entwicklungsmodelle haben einige wenige vom Wirtschaftswachstum profitieren lassen, gleichzeitig haben sie auch die menschliche Sicherheit in einigen Regionen verschlechtert, indem ganze Bevölkerungsgruppen verarmten und entmachteten wurden. Die Rolle des Staates konzentrierte sich vornehmlich auf den wirtschaftlichen Aufschwung sowie die kontinuierliche Privatisierung und Liberalisierung, während zur selben Zeit Bevölkerungsgruppen benachteiligt und sich selbst überlassen wurden.⁹

Menschliche Sicherheit und menschliche Entwicklung ergänzen sich gegenseitig: der Entwicklungsprozess wird von menschlicher Sicherheit beeinflusst und umgekehrt. Hindernisse in der Entwicklung können zu Unsicherheit bei den Menschen führen, wohingegen Entwicklungsfortschritte Unsicherheiten beseitigen können. Menschen die sich täglich darum sorgen, auf

⁸ Vgl. Vogelsberg 2009: 14ff.

⁹ Vgl. Tadjbakhsh/Chenoy 2007: 99.

dem Weg zur Arbeit oder in die Schule angegriffen, vergewaltigt oder sogar getötet zu werden – wenn sie permanenter Unsicherheit exponiert sind – können nur sehr mühsam ihre allgemeinen Lebensbedingungen verbessern, da sie sich in erster Linie auf ihr elementares Überleben und ihre grundlegende Sicherheit konzentrieren müssen.¹⁰

Armut kann per se nicht als hinreichende Ursache von Unsicherheit angesehen werden, jedoch sind arme Menschen oder Bevölkerungsgruppen erheblich leichter durch plötzliche Wirtschaftskrisen (Kürzungen der Sozialausgaben betrifft meist die Ärmsten) oder Naturkatastrophen verwundbar, auch deshalb, weil sie keine Möglichkeit haben, auf die Verteilung von Ressourcen Eingriff zu nehmen.¹¹

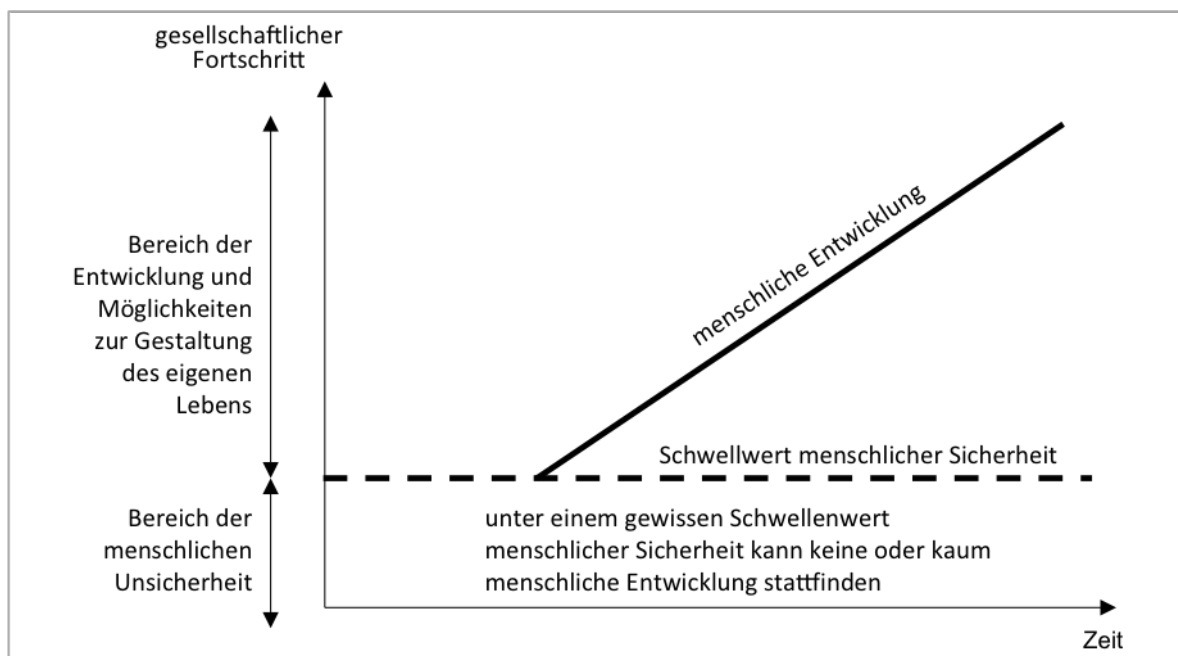


Abb. 1: Menschliche Sicherheit als Zustand, menschliche Entwicklung als Prozess. Quelle: Tadjbakhsh/Chenoy 2007: 118 (übersetzte Fassung).

Menschliche Entwicklung ist ein Prozess mit offenem Ende, dessen Ziel es ist, positive Ergebnisse zu erzielen und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Im Gegensatz dazu ist menschliche Sicherheit ein Zustand, der eine negative Beeinflussung verschiedener Faktoren auszuschließen versucht. Damit menschliche Entwicklung einen positiven Anfang nehmen kann, muss ein gewisses Maß an menschlicher Sicherheit gewährleistet werden. Unter diesem Schwellenwert ist es nur sehr schwer möglich, menschliche Entwicklung zu

¹⁰ Vgl. Busumtwi-Sam 2008: 81.

¹¹ Vgl. Ebd. 87.

gewährleisten. Doch sobald diese Schwelle überwunden wird, z.B. durch geschützte Arbeits- und Schulwege, verbesserte Infrastruktur und durch die Möglichkeit zur Partizipation an kommunalen oder politischen Entscheidungen, wird sich die Lebenssituation der Bevölkerung beständig verbessern (Vgl. Abb. 1).¹²

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wirtschaftlicher Fortschritt, Stabilität und nachhaltiger Frieden in schwachen oder gescheiterten Staaten nicht möglich sein kann, wenn Gefährdungspotenziale und Risiken der Bevölkerung nicht eingedämmt oder gänzlich verhindert werden können. Wenn sich Menschen täglich um ihre Ernährung, Gesundheit, Beschäftigung und soziale Absicherung sorgen müssen um ihr (Über-) Leben zu sichern, werden sie nicht im Stande sein, ihr soziales und wirtschaftliches Leben eigenständig zu gestalten. Human Security versucht, diese Faktoren zu identifizieren und durch Kooperationen von zivilen und nicht-zivilen Akteuren einzudämmen und stimuliert im Zusammenspiel mit menschlicher Entwicklung den Lebensstandard der Menschen positiv und nachhaltig.¹³

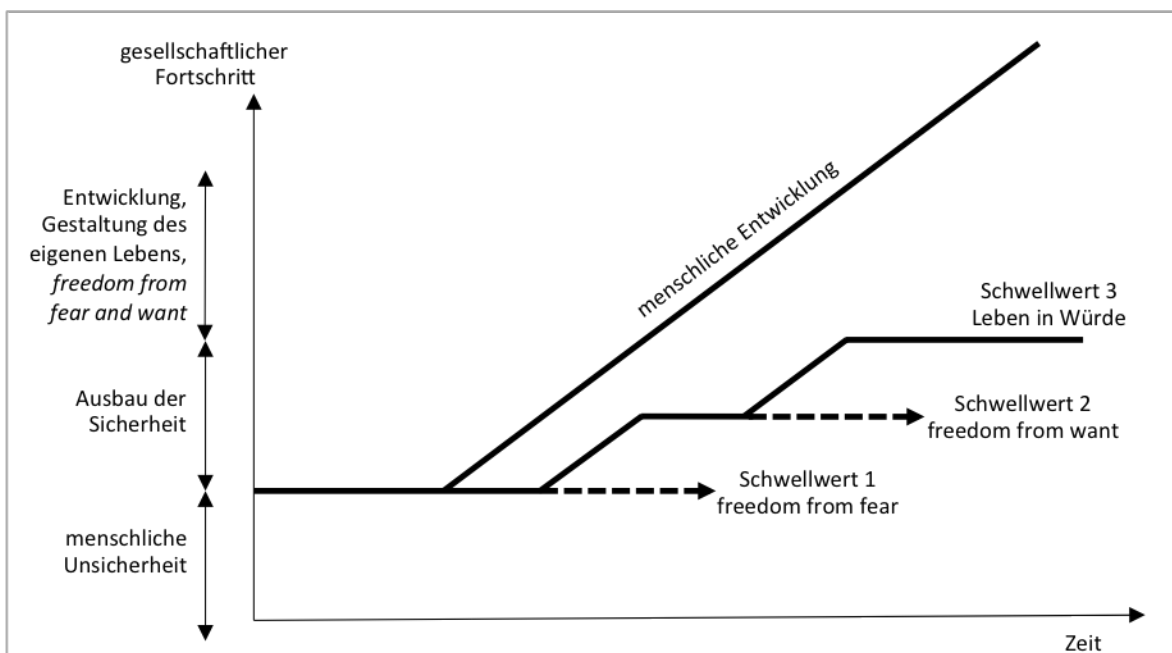


Abb. 2: Menschliche Sicherheit und menschliche Entwicklung als sich gegenseitig verstärkende Dynamiken. Quelle: Tadjbakhsh/Chenoy 2007: 119 (übersetzte Fassung).

¹² Vgl. ua. Ebd. 84 sowie 88.

¹³ Vgl. ua. Ulbert/Werthes 2008: 16.

Wir können Abbildung 2 entnehmen, dass menschliche Sicherheit ein Zustand ist der sich ändert und durch aktives Eingreifen auf eine höhere Ebene gebracht werden kann, ganz so als würde man ein Elektron durch Energiezufuhr auf ein höheres Energieniveau heben.

Claudia von Braunmühl behauptet, dass die internationale Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen ihres Bestandserhaltsinteresses mit einer „Versicherheitslichung“ ihre Kernanliegen wie Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in die „diskursive Logik eines Sicherheitsbezug“ stelle. Auf der Suche nach einer neuen Legitimation und Neuorientierung nähmen die Akteure der internationalen Entwicklungszusammenarbeit den Sicherheitsbegriff bereitwillig in ihre Agenden auf und würden jegliche Abwesenheit von Sicherheit als potenzielle Bedrohung menschlicher Sicherheit verstehen.¹⁴

Eine kritische Auseinandersetzung und Betrachtung dieser Adaptierung und Auslegung wird in Kapitel 3.4 angeführt und diskutiert.

■ HUMAN SECURITY ALS SCHLÜSSEL FÜR MENSCHLICHE ENTWICKLUNG?

Menschliche Sicherheit bewegt sich im Rahmen des Menschenrechtsgedankens und definiert den Bedarf an Sicherheiten, der unentbehrlich ist zum Erlangen von menschlicher Entwicklung.¹⁵

Mahbub ul Haq betonte bereits 1995 in seinem Standardwerk *„Reflections on Human Development“*, dass die Anliegen Menschlicher Sicherheit bedeutender seien als der sich zu dieser Zeit rasant ausdehnende globale Warenaustausch. Zwar wäre es möglich, die Armen dieser Welt aus den Wohlstandinseln auszusperren¹⁶, jedoch könnten dadurch die Ursachen für deren Armut nicht gemildert werden: Krankheiten, Drogenhandel, Umweltverschmutzung sowie Kriminalität und Terrorismus breiten sich ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen aus und unterwandern somit die westlichen Wohlstandsgesellschaften.¹⁷

¹⁴ Vgl. Braunmühl 2007: 34.

¹⁵ Ebd. 31.

¹⁶ Anm. des Autors: Meiner Meinung nach ist dies nur sehr beschränkt möglich, wie trotz zunehmender Militarisierung der Grenzregime in den USA, Israel oder der Europäischen Union ersichtlich ist.

¹⁷ Vgl. Haq 1995: 115.

When people travel, they bring much dynamism and creativity with them.
When only their poverty travels, it brings nothing but human misery.¹⁸

Darüber hinaus bekennt sich Haq klar zur Theorie, dass Sicherheit menschliche Entwicklung bedinge und vice versa.¹⁹

■ DER NEXUS SICHERHEIT – ENTWICKLUNG: KEINE ENTWICKLUNG OHNE SICHERHEIT?

Staatliche Behörden gewannen in der westlichen Welt im 18. und 19. Jahrhundert durch das Schaffen von Sicherheitseinrichtungen und der Gewährleistung von fundamentalen Grundrechten und inneren Frieden das Vertrauen ihrer Bevölkerung. Der Staat ist in einem demokratischen System für die Sicherheit seiner Bevölkerung verantwortlich. Ist ein Staat nicht in der Lage, für die Sicherheit in seinem Hoheitsgebiet zu garantieren, so schwindet das Vertrauen der Bevölkerung und der demokratische Gesellschaftsvertrag bedingt einer Neuverhandlung auf verschiedensten Ebenen staatlichen Regierens.²⁰

Besonders in der Entwicklungspolitik hat sich das Motto „Entwicklung braucht Sicherheit – Sicherheit braucht Entwicklung“ in den letzten Jahren als eine der zentralen Grundwahrheiten etabliert. Vom *Development Assistance Committee* (DAC) wurde 2001 Human Security als grundlegendes Konzept nachhaltiger Entwicklung definiert. In unsicheren Regionen sind demokratische Strukturen und Institutionen wie freie Wahlen, Polizei, Parlament, Rechts- und Justizwesen sowie freie Medien nur wenig ausgebildet und können nicht ausreichend als Puffer dienen, um gewaltsame Auseinandersetzungen und private Ursachen von Gewalt zu verhindern. Meinungsverschiedenheiten und Konflikte können dadurch nicht in konstruktive Debatten kanalisiert werden und verleiten die Beteiligten oft zur Ausübung von Gewalt und Unterdrückung. Im Gegensatz dazu kann ein funktionierendes Demokratieverständnis als Mittel einer friedlichen Konfliktbewältigung angesehen werden.²¹

¹⁸ Ebd. 116.

¹⁹ Vgl. Ebd. 115.

²⁰ Vgl. Beebe/Kaldor 2012: 165.

²¹ Vgl. Pospisil 2007: 17ff.

2. DER SICHERHEITSBEGRIFF UND HUMANITÄRE INTERVENTION

The Cold War [...] has been followed by a new political interest in principles of security. [...] They already have an epigram in the idea, much discussed since 1989, of the security of individuals as an object of international policy: of 'common security' or 'human security'.²²

The world is entering a new era in which the very concept of security will change - and change dramatically. Security will be interpreted as: Security of people, not just territory. Security of individuals, not just of nations. Security through development, not through arms. Security of all the people everywhere - in their homes, in their jobs, in their streets, in their communities, in their environment.²³

Die Neustrukturierung der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft 1991 sowie ein neuer kooperativer Ansatz der Außenpolitik unter dem damaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Michail Gorbatschow (1985-1991) initiierten einen unumkehrbaren Prozess, der schließlich im Zusammenbruch des Kommunismus endete. Das Angebot zur Abrüstung des US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan (1981-1989) sollte diese Möglichkeit für den Wandel in der Sowjetunion eröffnet haben, in dem der Abbau strategischer Raketenstützpunkte und die Abschaffung aller Mittelstreckenraketen eingeleitet wurde. Glaubt man Zbigniew Brzezinski, dem Sicherheitsberater vom damaligen US-Präsident Jimmy Carter (1977-1981), so haben die massiven amerikanischen Rüstungsanstrengungen Anfang der 1980er Jahre zum Kollaps des Sowjetimperiums geführt. Die Experten der *Think tanks* und der privaten Sicherheitsberatungsfirmen fühlten sich in ihren Argumentationen bestätigt und blieben ihrer Ideologie treu, dass Kriege durch militärische Überlegenheit zu gewinnen seien. Somit wurden nach dem Ende des Kalten Krieges zwar die

²² Rothschild 1995: 53f.

²³ Haq 1995: 115.

Militärausgaben signifikant gesenkt, doch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung blieben am selben Niveau, um sich vor den neuen Bedrohungen verteidigen zu können.²⁴

Jahrzehntelang war für den Sicherheitsbegriff in der internationalen Politik der Nationalstaat der wichtigste Bezugsrahmen. Die globale Sicherheitspolitik der 1970er und 1980er Jahre beinhaltete allerdings nicht nur eine militärische Dimension, vielmehr wurden auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen miteinbezogen (Schlag 2011). Durch diese Transformation erfuhr der Sicherheitsbegriff eine kontinuierliche Erweiterung auf Politikfelder jenseits militärischer Angelegenheiten. Nach dem Ende des Kalten Krieges plädierten KommentatorInnen und ExpertInnen für eine Neuausrichtung des Sicherheitsbegriffs auf den Menschen, da es wenig Sinn mache, über Sicherheit zu reden, ohne konkrete Referenz auf das Individuum. Hierbei kommen wir zu einer berechtigten Frage: welche Menschen haben Priorität?²⁵

Sicherheitspolitik ist ein dynamischer Prozess der auch in einer neuen Weltordnung nach Beendigung des Kalten Krieges mit der Sorge um die Aufrechterhaltung der nationalen, regionalen oder internationalen Stabilität verbunden ist. Diese neue Weltordnung wird in zunehmendem Maße von politischen Kräften geprägt, die aus Demokratie, Nationalismus und Religion und genährt werden. Während gegenwärtig das Risiko eines globalen Nuklearkrieges gering ist, steigen Bedrohungen wie die Proliferation von Waffen, Terrorismus sowie Menschen- und Drogenhandel kontinuierlich an. Primär wird die Auseinandersetzung mit Sicherheitsfragen immer noch als Aufgabe des Staates angesehen. In Bereichen, die dem Staat nicht zugänglich sind, in denen ihm das nicht gelingt oder die aus volkswirtschaftlicher Sicht vermeintlich unrentabel sind, sorgen vermehrt private Akteure für die Gewährleistung von Sicherheit.²⁶

In den Peripherien leben vermögende Menschen in *gated communities*, bewacht von privaten Sicherheitsdiensten, während zur gleichen Zeit die Armen und Mittellosen in vom Staat vernachlässigten Räumen ihr auskommen suchen müssen. In ungleichen Gesellschaften nehmen Anwendungen von

²⁴ Vgl. Dauderstädt 2003: 17.

²⁵ Vgl. Schlag 2011: *sicherheitspolitik-blog*; Williams 2008: 7.

²⁶ Vgl. Dettke 2004: 21.

kommerzialisierter Gewalt zu, im Gegensatz dazu halten sich in Gesellschaften, die auf relativer Gleichheit bedacht sind, diese Entwicklungen in Grenzen.

Im Ersten Golfkrieg 1991 kam es zum ersten Mal zur Demonstration der enormen technologischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte, als die USA mit einem massiven Militäreinsatz die „*Revolution in Military Affairs*“ vorführte. Die Kapitulation des Präsidenten der jugoslawischen Bundesrepublik Slobodan Milošević (1997-2000) nach den Luftangriffen der NATO 1999 veranlasste den damaligen kanadischen Außenminister Lloyd Axworthy (1996-2000) zur Aussage, dass „[d]ie Intervention des Bündnisses [...] ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung Menschlicher Sicherheit als Norm für globales Handeln [war]“. Die bittere Erfahrung der Vereinigten Staaten in Somalia 1992/93 führte zur zögernden Haltung des damaligen Präsidenten Bill Clintons (1993-2001), den Genozid zwischen den Volksgruppen der Hutu und der Tutsi zu verhindern. Trotz dieser katastrophalen Niederlage blieb man bei der Überzeugung, dass mit Hilfe konventioneller militärischer Mittel die Gegner besiegt werden können sowie Demokratie und Menschenrechte gefördert werden. Gleichzeitig wurden vor allem in Kanada, Japan und bei den Vereinten Nationen neue Überlegungen zum Sicherheitsdiskurs in den Mittelpunkt gestellt, viele von diesen Überlegungen befassten sich mit dem Thema einer Menschlichen Sicherheit.²⁷

Die Entwicklung des internationalen Terrorismus im Allgemeinen und die Anschläge auf das World Trade Center 2001 im Besonderen veranlassten die Vereinigten Staaten, Russland und die NATO zu einer engeren Zusammenarbeit, da Russland sich klar auf die Seite der Vereinigten Staaten gestellt hat und infolge dessen auch den Krieg in Afghanistan politisch und logistisch unterstützte. Beebe und Kaldor (2012) fordern, klassische Ansätze militärischer Planung hinter uns zu lassen und vielmehr in Kategorien einer kooperativen Sicherheitspolitik zu denken und zu handeln. Eine kooperative Sicherheitspolitik soll bereits an der unmittelbaren Ursache einer Bedrohung ansetzen, um diese in ihrem Entstehen zu hindern und eine militärische Operation obsolet werden zu lassen. Statt auf militärische Abschreckung soll dieses Konzept sich auf die Unterbindung von

²⁷ Vgl. Beebe/Kaldor 2012: 58ff.

Entwicklungen, die zur Aggression führen, fokussieren und so das Wesen der Zerstörung in der bisherigen militärischen Planung verringern.²⁸

Sicherheit gilt gemeinhin als ein politisch-gesellschaftlicher Kernbegriff mit weitreichenden (institutionellen) Konsequenzen für unseren Alltag: Sicherheitsorgane wie die Polizei und das Militär tragen für Sicherheit im In- und Ausland Sorge, die Nationalregierung betreibt bi- und multilaterale Sicherheitspolitik. Weitere Behörden und Ministerien beschäftigen sich mit der Frage, wie Lebensmittel-, Verkehrs- oder Berufssicherheit erhöht werden können, kurz: Sicherheit wird immer noch – wenn auch nicht ausschließlich – als Aufgabe des Staates verstanden.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und zunehmenden humanitären Interventionen hat sich der Focus der internationalen Sicherheit von den Staaten zu den Menschen hin verschoben. Diese Veränderung lässt sich gut in der viralen Expansion von Human Security in der entwicklungspolitischen Praxis beobachten. Mit seinem erklärten Ziel, die traditionelle Sichtweise von Sicherheit um ökonomische, politische, soziale und ökologische Faktoren zu ergänzen, welche die Lebenssituationen von Menschen negativ beeinflussen, beschreibt Human Security treffend die Transformation des Sicherheitsbegriffs.²⁹

2.1 DER ERWEITERTE SICHERHEITSBEGRIFF

Die Grundsätze der Ideen von Sicherheit wurden in den frühen 1990er Jahren „als Effekt und Ursache politischen Wandels“³⁰ auf vier Dimensionen erweitert: Es erfolgte (1) erstens eine Erweiterung der Referenzdimension, von der Sicherheit von Nationalstaaten zur Sicherheit von Gruppen und Individuen. (2) Die zweite Ausdehnung betrifft die Raumdimension, von der Sicherheit von Staaten zur Sicherheit des internationalen Systems oder einer supranationalen physikalischen Umwelt, sozusagen zu einer Sicherheit der gesamten Biosphäre. (3) Die dritte Erweiterung ist die Sacherweiterung und erfolgte horizontal; sie umfasst Entitäten wie Individuen, Nationen und Systeme und wurde vom militärischen auf das

²⁸ Vgl. Ebd. 60ff.

²⁹ Vgl. Duffield 2010: 63.

³⁰ Vgl. Dettke 2004: 19f.

politische, ökonomische und soziale Leben ausgeweitet, auf eine „menschliche“ Sicherheit und deren Ökologie. (4) Schließlich wurde sie um eine letzte Dimension, der Gefahrendimension, ergänzt: ausgehend von einer konkreten Bedrohungssituation wie wir sie jahrzehntelang im Kalten Krieg vorgefunden haben, über die theoretische Verwundbarkeit hin zum Erkennen neuer Risiken, die heute hauptsächlich im internationalen Terrorismus, organisierter Kriminalität, Migration und globalen Menschen- und Waffenhandel gesehen werden.³¹

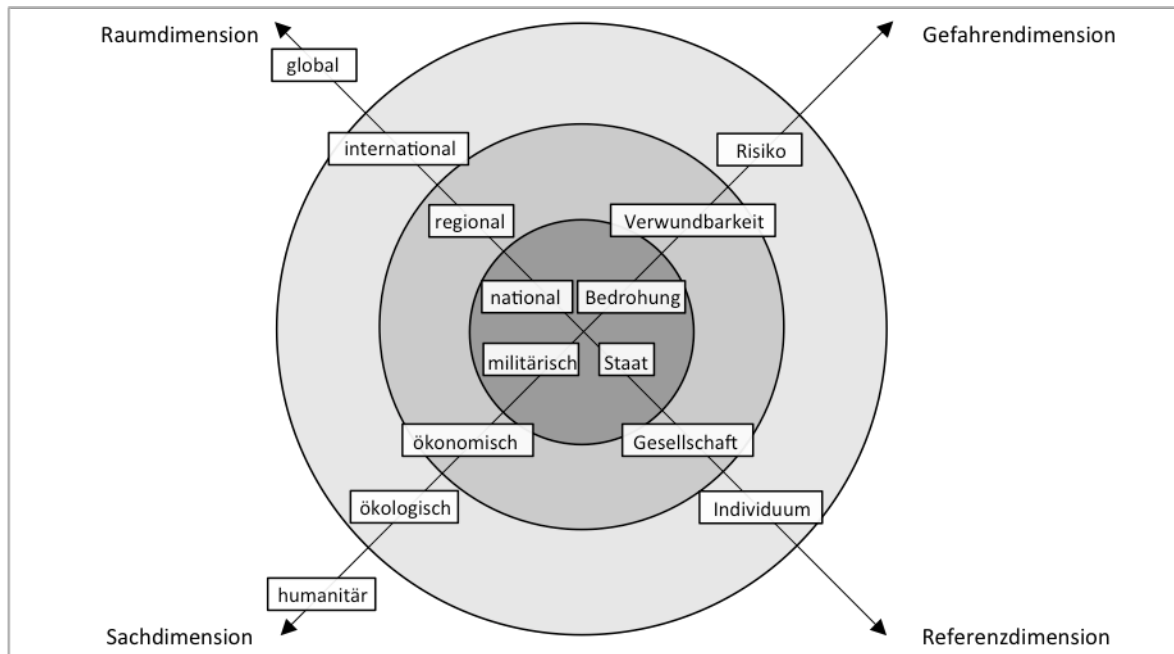


Abb. 3: Die vier Dimensionen der erweiterten Sicherheit. Quelle: Daase 2010: 5.

Während früher mit einem eng definierten Sicherheitsbegriff vor allem eine militärische Bedrohung von Nationalstaaten und deren Territorien beschrieben wurde, sind diese zusammen hängenden Dimensionen von Sicherheit heute in der Lage, das individuelle Risiko von globalen Menschenrechtsverletzungen zu erfassen.³²

Mit dieser Neudefinition bzw. Erweiterung Sicherheitsbegriffs veränderte sich die Analyse und theoretische Konzeptualisierung von Gefahr von klassisch geostrategischen Ansätzen der Internationalen Beziehungen hin zur Konfliktforschung. Dafür verantwortlich zeigten sich vor allem der

³¹ Daase 2010: 4.

³² Rothschild 1995: 55; Vgl. Daase 2010: 4ff.

Jugoslawienkrieg, der Genozid in Ruanda und das Scheitern der US-Intervention in Somalia. Darüber hinaus wurde von vielen KommentatorInnen eine andere Herangehensweise über Aussagen zu regionalen Konflikten zu Tage gebracht, die sich von den rhetorischen Mustern der vorangegangenen Jahrzehnte grundlegend unterschieden. Den SicherheitsberaterInnen der westlichen Regierungen wurde zunehmend klar, dass die zentrale Bedrohung des Friedens - eine „Mischung aus irrationalem Traditionalismus und überbordende[...] Kriminalität“ - die Gefahr des Kommunismus abgelöst hat.³³

2.2 HUMANITÄRE INTERVENTIONEN UND DIE VERANTWORTUNG ZUM SCHUTZ

[...] it is now increasingly felt that the principle of non-interference with the essential domestic jurisdiction of States cannot be regarded as a protective barrier behind which human rights could be massively or systematically violated with impunity. - UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuella³⁴

Humanitäre Interventionen sind zu einem wichtigen Instrument globaler und regionaler multilateraler Organisationen geworden, um die Sicherheitslage von Menschen zu verbessern, die Übergriffen durch den jeweiligen Staat oder Gruppen ausgesetzt sind.³⁵

Eine solche Intervention ist eine außergewöhnliche Ausnahmesituation, die immer mit außerordentlichen Maßnahmen verbunden ist und nur dann zu rechtfertigen ist, wenn dadurch schweres oder nicht wieder gutzumachendes Leid für die Bevölkerung abzuwenden gelingt. Sie beinhaltet den Schutz der Bevölkerung oder von Bevölkerungsgruppen vor Gewalt und Gräueltaten innerhalb eines Staates und strebt eine nachhaltige Verbesserung der Sicherheitslage durch eingesetzte oder gestärkte Institutionen an. Ein Eingreifen mittels humanitärer Intervention wäre notwendig, wenn (1) eine Konfliktlage mit großen Verlusten von Menschenleben einhergeht, hervorgerufen durch gezieltes staatliches Handeln einerseits oder durch die Gleichgültigkeit oder

³³ Vgl. Daase 2010: 5.

³⁴ United Nations 1991: 5.

³⁵ Vgl. Schnabel 2001: 139.

Handlungsunfähigkeit eines Staates andererseits sowie bei drohendem Staatszerfall. Außerdem ist sie erforderlich, wenn (2) in Krisengebieten ethnische Säuberungen stattfinden oder auch nur befürchtet werden, ganz gleich ob diese durch Vergewaltigung, gezielte Tötung, Zwangsvertreibung oder Terror erfolgen. Der erfolgreiche Abschluss einer Intervention erfolgt mit dem Abzug aller Truppen der intervenierenden Mächte.³⁶

Bei einer humanitären Intervention stehen sich völkerrechtliche Prinzipien wie die Einhaltung der Menschenrechte und die Souveränität der Nationalstaaten einerseits (verankert in UN-Dokumenten), sowie die Nichteinmischung und Nichtintervention gegenüber. Aufgrund des späten Eingreifens bei früheren ethnischen Konflikten in Somalia, dem ehemaligen Jugoslawien und in Osttimor kann davon ausgegangen werden, dass die Souveränität der Nationalstaaten im internationalen Recht gegenüber den Menschenrechten Vorrang erhält. Diese Praxis des militärischen Eingreifens in den unterschiedlichsten Weltregionen hat die politische Diskussion maßgeblich geprägt. Die Hauptaufgabe menschlicher Sicherheit liegt nun darin, die Staaten als Beschützer der Bevölkerung anzusehen; allerdings verlieren sie ihre Souveränität, wenn sie nicht im Stande sein sollten, für grundlegende Sicherheit aller StaatsbürgerInnen zu sorgen.³⁷

Nur weil eine moralische Pflicht gegeben zu sein scheint, in grobe Menschenrechtsverletzungen einzugreifen, können Interventionen in Staaten oder Konflikte nicht gerechtfertigt werden. Nicht selten werden diese Entscheidungen durch Sympathien und Geopolitik beeinflusst, solange der internationale Frieden nicht akut gefährdet ist. Humanitäre Interventionen zum Schutz der Bevölkerung stehen militärischen Interventionen zur Durchsetzung nationaler Interessen (wirtschaftliche oder geostrategische) der intervenierenden Staaten gegenüber.³⁸

Dies erlaubt die Schlussfolgerung, dass eine humanitäre Intervention letztendlich nicht aus vorrangig humanitären Gründen erfolgt sondern primär den Interessen staatlicher Handlungsprinzipien dient. Diese Doppelmoral führe zu einem „neuen Interventionismus“. Darüber hinaus wird in der wissenschaftlichen Diskussion angenommen, dass der internationale Krieg gegen den Terror das

³⁶ Vgl. Thakur 2008: 116.

³⁷ Vgl. Fischer 2004: 177; Schnabel 2001: 140.

³⁸ Vgl. Schnabel 2001: 139f.

Konzept der humanitären Intervention überlagern könnte. Dabei wird befürchtet, dass militärische Interventionen zunehmen können um den internationalen Terrorismus einzudämmen. Diese Interventionen werden mittels humanitären Zielen bewerkstelligt.³⁹

Es muss erwähnt werden, dass, im Vergleich zu Kriegsoperationen, humanitäre Interventionen und Konfliktprävention nur wenig Unterstützung erfahren und häufig von einem fehlenden langfristigen Engagement gekennzeichnet sind. Die nicht vorhandene Medienpräsenz oder die Abwesenheit einer direkten Bedrohung für die Stabilität einer Region stellen nur zwei Motive dar, warum PolitikerInnen an humanitärem Engagement nicht interessiert sind.⁴⁰

Als Generalsekretär der Vereinten Nationen (1997-2006) Kofi Annan hat versucht, humanitäre Interventionen innerhalb des Konzepts der Menschlichen Sicherheit anzusiedeln und diese den jeweiligen Staatsinteressen über zu ordnen. Er forderte die Etablierung „individueller Souveränität“ im Bewusstsein der internationalen Gemeinschaft, wie die Grundfreiheiten jeder Person, welche in der UN Charta und nachfolgenden Verträgen festgelegt sind sowie eine Präzisierung von Abläufen bei humanitären Interventionen und Friedenseinsätzen.⁴¹

■ ICISS UND R2P: RESPONSIBILITY TO PROTECT

Human security means the security of people – their physical safety, their economic and social well-being, respect for their dignity and worth as human beings, and the protection of their human rights and fundamental freedoms.⁴²

Die *International Commission on Intervention and State Sovereignty* ICISS wurde 1999 auf Initiative des ehemaligen kanadischen Außenministers Lloyd Axworthy gegründet um – ausgehend vom größeren Rahmen der menschlichen Sicherheit – die Komplexität staatlicher und menschlicher Sicherheit, die Souveränität von Staaten und Völkern im Lichte der humanitären Intervention zu untersuchen. Axworthy folgte damit einem Aufruf von Kofi Annan, um zukünftige Konflikte wie in Ruanda oder im Kosovo verhindern zu können. Sie setzte sich

³⁹ Fischer 2004: 178; Vgl. Debiel/Nuscheler 1996: 26.

⁴⁰ Vgl. Schnabel 2001: 140f.

⁴¹ Vgl. Annan 1999.

⁴² ICISS 2001: 15.

aus zwölf WissenschaftlerInnen verschiedener Disziplinen der internationalen Beziehungen zusammen und trug als Expertengremium ebenso wie die *Commission on Human Security* CHS entscheidend zur theoretischen Weiterentwicklung der beiden Human Security-Ansätze bei.⁴³

Die Synopsis ihres 2001 veröffentlichten Report „*The Responsibility to Protect*“ ergab, dass die staatliche Souveränität sowohl den BürgerInnen als auch Personen aus anderen Nationen und der internationalen Gemeinschaft verpflichtet sei. Ist es einem Staat nicht möglich, für den Schutz von Teilen seiner Bevölkerung zu sorgen, muss die internationale Gemeinschaft an seine Stelle treten und diese ihrer Verpflichtung zum Schutz der Menschen nachkommen. Die internationale Verantwortung zum Schutz sei demzufolge über dem Prinzip der Nichteinmischung zu stellen.⁴⁴

Des weiteren soll die humanitäre Intervention vom Begriff der „Verantwortung zum Schutz“ ersetzt werden, um der sich entstehenden Schutzverpflichtung des betroffenen Staats gerecht zu werden. Da die Verantwortung zum Schutz keine Checklisten zur Entscheidungsfindung enthält, muss die politische Situation jeweils individuell geprüft werden und eine Intervention auf diese Situation abgestimmt werden. Durch diese Schutzverpflichtung kann die Kluft zwischen internationaler Gemeinschaft und souveränem Staat zumindest temporär überbrückt werden.⁴⁵

Der vor allem menschenrechtsbasierte Ansatz der Entwicklungsagenda kann als Rechtfertigung für humanitäre Interventionen missbraucht werden. Obwohl beteuert wird, im Interesse der am stärksten Verwundbaren und wehrlosen Individuen zu handeln, dienen diese Interventionen, wie weiter oben bereits erwähnt, vorrangig den Interessen der intervenierenden Akteure (Walter Schicho verweist hierbei auf die *Operation Restore Hope* in Somalia 1992/93, den „*war against terrorism*“ sowie die „*outlawing rogue states*“).⁴⁶

⁴³ Vgl. Ebd. VII sowie 77; Thakur 2008: 112ff.

⁴⁴ Vgl. ICISS 2001: XI.

⁴⁵ Vgl. Thakur 2008: 112ff.

⁴⁶ Vgl. Schicho 2012: 561.

3. DAS KONZEPT HUMAN SECURITY

The concept of security has for too long been interpreted narrowly: as security of territory from external aggression, or as protection of national interests in foreign policy or as global security from the threat of a nuclear holocaust. It has been related more to nation-states than to people.⁴⁷

In der Nachkriegszeit zur Stärkung von Nationalstaaten und Sicherung von Frieden miteinander vereint, erfuhr die Verknüpfung von Sicherheit und Entwicklung Anfang der 1990er Jahre als Teil eines holistischen Paradigmas der menschlichen Entwicklung eine Neudefinition, die den Fokus auf die Sicherheit und Wohlfahrt von Individuen und Gemeinschaften legt. Begriffe wie menschliche Entwicklung und menschliche Sicherheit beherrschten von nun an die entwicklungspolitische Praxis. Seitdem es von der UNDP in den Entwicklungsdiskurs eingeführt wurde, schaffte es das Konzept der menschlichen Sicherheit überraschend erfolgreich bei einer Vielzahl von Akteuren der Entwicklungspolitik auf ihre Agenden. Problematisch ist allerdings, dass der Begriff der menschlichen Sicherheit nicht klar eingegrenzt werden kann und deshalb auch KritikerInnen gegenüber angreifbar ist. Wo beginnt menschliche Sicherheit und wo endet sie? Ist sie nur ein anderer Begriff für menschliche Entwicklung um damit mehr Beachtung und leichter finanzielle Unterstützung lukrieren zu können? Oder ist sie wie „nachhaltige Entwicklung – jeder ist für sie, aber nur wenige Menschen haben eine klare Vorstellung von dem, was es bedeutet“ (Paris 2001)?⁴⁸

Konflikte sind zwar Bestandteil von Gesellschaften, jedoch wäre es förderlich, sich auf diejenigen zu konzentrieren, die das Potenzial haben, langfristige Instabilität, Gewalt und Unsicherheit herbei zu führen. Besonders bei benachteiligten Gesellschaftsgruppen sind langwierige soziale Konflikte meist durch das Verlangen von menschlichen Grundbedürfnissen wie freie

⁴⁷ UNDP 1994: 22.

⁴⁸ Vgl. Busumtwi-Sam 2008: 81ff; Paris 2001: 88.

Religionsausübung, Anerkennung von Ethnien sowie der Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen, zu Bildung und der Teilnahme am öffentlichen Leben geprägt. Die Verwehrung zu einem oder mehreren dieser Grundbedürfnisse kann als indirekte Gewaltausübung angesehen werden, so genannte strukturelle Gewalt. Das Ziel von Human Security ist die Abwesenheit von physischer und struktureller Gewalt. Die verschiedenen Bereiche hängen voneinander ab und konzentrieren sich auf gesellschaftspolitische Bedingungen die Personen ausgesetzt sind. Der Human Security Ansatz stellt sowohl die Bedeutung der Gruppe als auch die Bedeutung des Individuums in den Mittelpunkt, deren Identität, Werte und Sicherheit.⁴⁹

Die erste prominente Erwähnung von Human Security erfolgte im vom *United Nations Development Programme* (UNDP) herausgegebenen Human Development Report 1994 und kann als intellektueller Ursprung angesehen werden.⁵⁰

3.1 HERKUNFT, ENTSTEHUNG UND DEFINITIONEN

3.1.1 ENTWICKLUNGSPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN UNDP

Human security can be said to have two main aspects. It means, first, safety from such chronic threats as hunger, disease and repression. And second, it means protection from sudden and hurtful disruptions in the patterns of daily life whether in homes, in jobs or in communities.⁵¹

Im Bericht über die menschliche Entwicklung 1994 (*Human Development Report* HDR) soll menschliche Sicherheit als neues Konzept in der Ära nach dem Kalten Krieg in den entwicklungspolitischen Diskurs eingeführt werden und unmissverständlich in den Kontext der Menschenrechte gestellt und politisch lanciert werden.⁵²

⁴⁹ Vgl. Cockell 2001: 17ff.

⁵⁰ Vgl. Ulbert/Werthes 2008: 15.

⁵¹ UNDP 1994: 23.

⁵² Vgl. Altvater 2003: 2; UNDP 1994: iii.

Der breite Ansatz von *freedom from fear and freedom from want* wird vom UNDP als „*safety from chronic threats such as hunger, disease, and repression as well as protection from sudden and harmful disruptions in the patterns of daily life – whether in homes, in jobs or in communities*“ beschrieben.⁵³

Der Bericht gliedert menschliche Sicherheit in vier Charakteristika: (1) Menschliche Sicherheit ist universal, denn es bezieht sich auf alle Menschen. (2) Die Bereiche sind voneinander abhängig, da alle Staaten betroffen sind, wenn die Sicherheit von Menschen gefährdet wird. (3) Es ist einfacher, Sicherheit durch Präventivmaßnahmen zu gewährleisten als später durch Interventionen herbei zu führen. (4) Human Security stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Menschliche Sicherheit lässt sich viel einfacher durch deren Abwesenheit als durch die Anwesenheit erkennen.⁵⁴

Das UNDP identifiziert sieben Dimensionen menschlicher Sicherheit: **(1) Wirtschaftliche Sicherheit** besteht, wenn ein gesichertes Grundeinkommen durch Arbeit oder ein soziales Sicherungsnetz vorhanden ist. Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne bedrohen die ökonomische Sicherheit und führen schlimmstenfalls zu Armut. **(2) Ernährungssicherheit:** Nur der gesicherte Zugang zu einer Grundversorgung verhindert Hunger und Unterernährung. Dieser wird vielen Menschen besonders in armen Ländern verwehrt. Voraussetzung für Ernährungssicherheit ist in der Regel ein Grundeinkommen. **(3) Gesundheitliche Sicherheit:** Häufige Ursache für die massive Ausbreitung von Krankheiten – v.a. in armen Ländern – sind Unterernährung und Umweltschäden (z.B. verschmutztes Trinkwasser). Hinzu kommt der mangelnde Zugang zu Gesundheitsleistungen. Ein bekanntes Beispiel für die Bedrohung gesundheitlicher Sicherheit ist die Verbreitung von HIV/AIDS in afrikanischen Ländern. **(4) Umweltsicherheit:** Das Leben in einer gesunden Umwelt bzw. die Verfügbarkeit überlebenswichtiger Ressourcen kann durch Naturkatastrophen, Wasserknappheit, Verwüstung, Luft- und Wasserverschmutzung und weitere Umweltschäden gefährdet sein. **(5) Persönliche Sicherheit:** Damit ist die Sicherheit vor physischer Gewalt gemeint, besonders in Form von gewaltsamer Kriminalität und Folter, aber auch durch häusliche Gewalt, Kindesmissbrauch u.a. **(6) Kulturelle Sicherheit** bezieht sich

⁵³ Vgl. UNDP 1994: 23.

⁵⁴ Vgl. Ebd. 22f.

auf die Sicherheit einer Gemeinschaft wie einer ethnischen oder religiösen Gruppe, die z.B. durch Diskriminierung und ethnische Spannungen gefährdet sein kann. In diesem Kontext spielt der Schutz von Minderheiten eine wichtige Rolle.

(7) Politische Sicherheit meint das Leben in einer Gesellschaft, in der grundlegende Menschenrechte gewahrt werden und den Schutz vor staatlicher Unterdrückung.⁵⁵

Obwohl der Begriff der menschlichen Sicherheit in den nachfolgenden Berichten des UNDP nicht mehr verwendet wurde, erfuhr das Konzept eine rasche Verbreitung und Zustimmung unter den Akteuren der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Trotz dieses Erfolges griff das UNDP die Begriffsdefinition von Human Security erst 1999 wieder auf, als im *Human Development Report* „Globalisierung mit menschlichem Antlitz“ eine Liste mit globalen Bedrohungen wie HIV/AIDS, internationaler Terrorismus oder den Zusammenbruch der Finanzmärkte definiert wurde, welche sich aus heutiger Sicht als reale Bedrohungen bewahrheitet haben.⁵⁶

3.1.2 KANADA: FREEDOM FROM FEAR

Die breite Koalition sozialer Bewegungen nach dem Ende des Kalten Krieges und dessen Konflikt- und Problemlagen (u.a. Dritte-Welt-Organisationen, Friedensbewegungen, Gewerkschaften) veranlasste die kanadische Regierung, eine neue Sicherheitskonzeption in ihr Regierungsprogramm aufzunehmen. Darüber hinaus stellte sie diesen Anspruch auch an eine UNO nach dem Ost-West-Konflikt. Menschliche Sicherheit und *global governance* sind seither grundlegende Eigenschaften der kanadischen Außen- und Sicherheitspolitik.⁵⁷

Mit einem engen *freedom from fear* – Ansatz (Freiheit von physischer Gewalt, sexuellem Missbrauch und Verfolgung) verfolgt Kanada damit die Sicherheit vor physischer Gewalt und die Einhaltung der Menschenrechte, vor allem das Recht auf Leben. Dieser Ansatz orientiert sich vorzugsweise an der Krisenprävention und dem Konfliktmanagement und steht im Zentrum eines internationalen

⁵⁵ Vgl. Paris 2001: 90f; UNDP 1994: 24ff.

⁵⁶ Vgl. Braunmühl 2007: 30.

⁵⁷ Vgl. Ebd. 29.

Verhandlungsprozesses, wie z.B. die Nonproliferation von Schusswaffen, die Unterbindung von Menschenhandel oder das erfolgreiche Verbot von Antipersonenminen, welches 1997 mit dem Ottawa Vertrag geregelt wurde.⁵⁸

Die bereits erwähnte Verantwortung zum Schutz - *responsibility to protect* (R2P) – findet im kanadischen Regierungsprogramm unter der Federführung des ehemaligen Außenministers Lloyd Axworthy (1996-2004) noch immer große Zustimmung und wurde wie die menschliche Sicherheit zum Paradigma der kanadischen Außen- und Sicherheitspolitik.

3.1.3 JAPAN: FREEDOM FROM WANT

We believe that freedom from want is no less critical than freedom from fear. So long as its objectives are to ensure the survival and dignity of individuals as human beings, it is necessary to go beyond thinking of human security solely in terms of protecting human life in conflict situations.⁵⁹

Im Gegensatz zu Kanada verfolgt Japan einen *freedom from want* – Ansatz (Freiheit von Not) und betont dabei die Bedeutung wirtschaftlicher Entwicklung und die Gewährleistung von menschlichen Grundbedürfnissen. Dieser breitere Ansatz orientiert sich an der Idee der Menschlichen Entwicklung und versucht menschliche Unsicherheit struktureller Natur zu thematisieren. Der Begriff Human Security wurde in japanischen Dokumenten erstmals von Premierminister Tomiichi Murayama (1994-1996) in einer Rede vor der UN-Vollversammlung 1995 in New York verwendet und als neue Strategie der Vereinten Nationen propagiert. Die japanische Auffassung stellt zwei Aspekte in den Vordergrund: (1) die Verantwortung der japanischen Gesellschaft gegenüber zukünftigen Generationen und (2) die globale menschliche Sicherheit wie Respekt vor den Menschenrechten, Schutz vor Armut, Krankheit, Gewalt und Unterdrückung.⁶⁰

Aufgrund des zunehmenden Drucks der Globalisierung und der Asienkrise wurde Human Security 1998 in die Agenda der japanischen Außenpolitik integriert. Das Bestreben war, mittels neuen Strategien und Instrumenten menschliche Sicherheit zu fördern und den nachhaltigen Aufschwung der ASEAN-Region zu

⁵⁸ Vgl. Bosold/Werthes 2005: 86.

⁵⁹ Takasu 2000.

⁶⁰ Vgl. Bosold/Werthes 2005: 93f.

initiierten. Soziale Ungleichheiten sollten durch umverteilende Maßnahmen verringert und die Involvierung der Bevölkerung in lokale, nationale und globale Entscheidungen erleichtert werden. Dieser weite, entwicklungspolitische Ansatz Japans beinhaltet globale Erwärmung und transnationale Kriminalität ebenso wie die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und HIV/AIDS sowie die Auseinandersetzung mit den offensichtlich zunehmenden weltweiten Flüchtlingsströmen.⁶¹

Um seinen Absichten mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen, initiierte Japan im Zuge des Millenniumgipfels 2000 die unabhängige *Commission of Human Security* (CHS), die 2001 unter führender finanzieller Beteiligung Japans die Arbeit aufnahm.⁶²

3.1.4 COMMISSION ON HUMAN SECURITY CHS

Human security is concerned with safeguarding and expanding people's vital freedoms. It requires both shielding people from acute threats and empowering people to take charge of their own lives.⁶³

Die unabhängige *Commission on Human Security* wurde 2001 durch die Initiative und Unterstützung Japans gegründet und bestand aus zwölf Experten der internationalen Beziehungen. Den Vorsitz bekleideten die ehemalige UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge, Sadaka Ogata, sowie der Nobelpreisträger für Wirtschaft, Amartya Sen. Die Aufgabe der Kommission war, einen Bericht zu erarbeiten, der Human Security zu einem politischen Konzept entwickeln und das öffentliche Verständnis dafür fördern soll. Überdies sollte ein konkretes Aktionsprogramm für Bedrohungen von menschlicher Sicherheit entworfen werden.⁶⁴

Im 2003 vorgelegten Bericht „*Human Security Now*“ kommt die Kommission zu dem Schluss, dass aufgrund neuartiger Gefahren für die menschliche Sicherheit ein Paradigmenwechsel notwendig sei.⁶⁵

⁶¹ Vgl. Ebd. 94f; Ulbert/Werthes 2008: 17f.

⁶² Vgl. Braunmühl 2007: 30.

⁶³ Commission on Human Security 2003: iv.

⁶⁴ Vgl. Bosold/Werthes 2005: 96f.

⁶⁵ Vgl. Commission on Human Security 2003: 130.

Die Kommission ergänzt Kofi Annans Vorgaben des engen *freedom from fear* – Ansatzes und des breiteren *freedom from want* – Ansatzes, also die Abwesenheit von physischer Gewalt (eng) sowie die Auswirkungen von Armut und Unterentwicklung und deren Eingrenzung (breit) mit dem Anspruch auf *freedom to take action on one's own behalf* (die Freiheit, Eigeninitiative zu ergreifen) und definiert somit einen noch breiteren Ansatz.⁶⁶

Die gegenseitige Abhängigkeit von menschlicher Sicherheit, menschlicher Entwicklung und Menschenrechten, welche in den Berichten des UNDP nicht eindeutig dargestellt wird, erhält hier mehr Aufmerksamkeit. Denn menschliche Sicherheit bewege sich im Rahmen des Menschenrechtsgedankens und definiert gleichzeitig Sicherheiten, die für die menschliche Entwicklung unerlässlich sind. Zudem könne Human Security einen wesentlichen Beitrag zu den Menschenrechten leisten, indem damit Freiheiten erkannt werden, die zu den Menschenrechten zählen und die es wert sind, geschützt und gefördert zu werden. Human Security sei ein wichtiges deskriptives Konzept das nach politischer Anerkennung verlange und eine bedeutende Kategorie von Menschenrechten behandelt. Es ist wichtig zu betonen, dass diese Konzepte nicht konkurrieren sondern als sich ergänzende Ideen komplementär zu menschlicher Entwicklung zu sehen sind.⁶⁷

Auch die engere, kanadische Konzeption von Human Security als „*freedom from pervasive threats to people's rights, safety or lives*“ beinhaltet die Sicherheit vor physischen Bedrohungen, das Erreichen einer akzeptablen Lebensqualität, die Gewährleistung fundamentaler Menschenrechte, Rechtssicherheit, *good governance*, soziale Gleichheit, den Schutz der Bevölkerung in bewaffneten Konflikten sowie nachhaltige Entwicklung.⁶⁸

Japan hingegen konzentriert sich auf die „Förderung und den Schutz von Leben und Würde jedes Individuums“ und orientiert sich damit am weiteren, vom UNDP proklamierten Ansatz. Auf diese Weise unterstreicht Japan die Notwendigkeit, ein für asiatische Werte (Kapitel 4.1.2) adaptiertes Konzept weiter zu entwickeln und

⁶⁶ Vgl. Ebd. 9.

⁶⁷ Vgl. Braunmühl 2007: 31; Commission on Human Security 2003: 9; Stein-Kaempfe 2008: 43.

⁶⁸ Vgl. Axworthy 1997: 184.

verhindert dadurch eine bloße Übernahme einer westlichen Menschenrechtsagenda. Da die Unsicherheit von Individuen regionale und globale Instabilität verursachen kann, ergeben die voneinander abhängenden und teilweise sich verstärkenden Bedrohungen menschlicher Sicherheit die weitere Herangehensweise Japans.⁶⁹

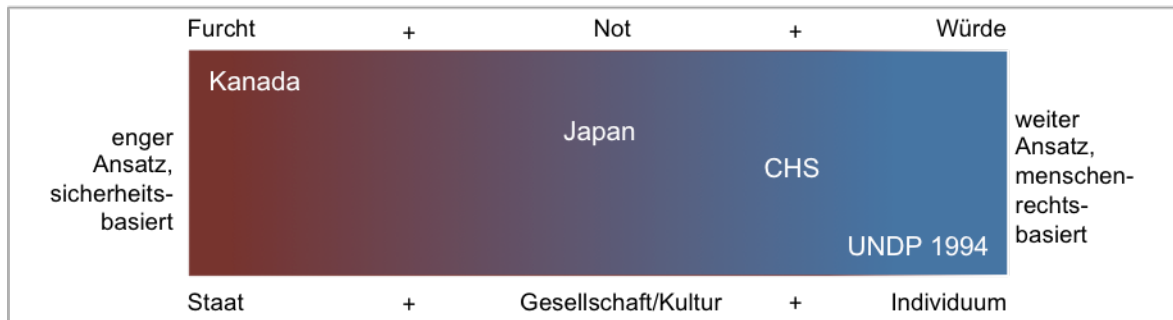


Abb. 4: Definitionen von Human Security und ihre Verankerung. Quelle: Tadjbakhsh/Chenoy 2007: 48.

Die *Commission on Human Security* legt auf die Benennung von Bedrohungen Wert und ergänzt die *freedom from want* und *freedom from fear* – Perspektive um die Komponente *freedom to take action on one's own behalf*.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen verknüpft die menschliche Sicherheit direkt mit menschlicher Entwicklung und vertritt damit vorwiegend einen entwicklungspolitischen Standpunkt. Wirtschaftliche und soziale Grundrechte sowie das Recht auf Entwicklung, welche der nachhaltigen Sicherung des (Über-) Lebens der Menschen erfordern, bilden die zentralen Elemente des vom UNDP verfolgten menschenzentrierten Ansatzes. Eine kohärente Verwendung des Begriffs der menschlichen Sicherheit findet erst ab 1999 Eingang in UN-Dokumente.

⁶⁹ Vgl. Tadjbakhsh/Chenoy 2007: 48.

3.2 GRUNDLEGENDE PRINZIPIEN MENSCHLICHER SICHERHEIT

Wie kann nun in der abschließenden Zusammenfassung eine einheitliche Definition von menschlicher Sicherheit erfolgen und warum gibt es nicht nur eine Auslegung sondern so viele davon?

Die Verzahnung von Human Security, *human development* und *human rights* gestaltet eine eindeutige Abgrenzung menschlicher Sicherheit von den anderen Konzepten äußerst schwierig und erlaubt folglich keine einheitliche Definition menschlicher Sicherheit. Um diesem Umstand gerecht zu werden, soll im Folgenden versucht werden, diesen verschwommenen Begriff etwas klarer darzustellen.

Die einfachste Begriffsbestimmung von Sicherheit ist die Abwesenheit von Unsicherheit und Bedrohungen, namentlich die Freiheit von Angst und Not (*freedom from fear and want*). Human Security versucht, Bedrohungsfaktoren zu identifizieren und zu benennen und diese anschließend zu entschärfen oder gänzlich zu vermeiden. Durch die dem Konzept inhärente weite Verwendung des Begriffes der Sicherheit eröffnen sich zwei entscheidende und interessante Perspektiven: (1) auf der einen Seite die Sicherheit von Menschen (im Englischen *safety* genannt), welche weit über das traditionelle Konzept von physischer Sicherheit hinauswirkt und (2) auf der anderen Seite der Gedanke, dass die Lebensgrundlagen der Menschen gegenüber plötzlich auftretenden Krisen oder Katastrophen gesichert wird. Allen Definitionen ist jedenfalls gemein, dass sie das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellen.⁷⁰

3.2.1 SICHERHEIT DES INDIVIDUUMS

Die Sicherheit des/der Einzelnen in der Gemeinschaft, aber auch die Sicherheit der Gemeinschaft mündet in menschlicher Sicherheit, welche laut Haq den Vorrang gegenüber staatlicher Sicherheit erhalten sollte. Der Fokus wird vom Staat auf die Gemeinschaft und das Individuum verschoben, doch auf staatliche

⁷⁰ Vgl. Paris 2001: 87f; Tadjbakhsh/Chenoy 2007: 39f.

Sicherheit kann allerdings trotzdem nicht verzichtet werden. Vielmehr sollte der Staat die primäre Quelle von Sicherheit sein. Es soll z.B. der Schutz der afghanischen Bevölkerung im Mittelpunkt stehen und nicht die Sicherheit Afghanistans an sich, die ohnedies als wertvolle Voraussetzung gilt.⁷¹

3.2.2 ABWESENHEIT VON UNSICHERHEIT

Dass die für den Friedensnobelpreis 2013 nominierte sechzehnjährige Malala Yousafzai 2012 von Kämpfern der pakistanischen Taliban auf den Weg von der Schule lebensgefährlich verletzt wurde, ist ein gutes, wenn auch trauriges Beispiel für die Abwesenheit von menschlicher Sicherheit. Das Mädchen betreibt seit vier Jahren einen Internetblog⁷², der sich für das Recht auf Bildung von jungen Frauen einsetzt. Jede Person mit derartig engagiertem Auftreten, sei es in Pakistan, Afghanistan, Sudan oder Somalia, kann Opfer solch eines grauenhaften Anschlags werden, solange die lokale Sicherheitslage von Polizei, unterstützt durch militärisch-zivile Programme, nicht stabilisiert und nachhaltig garantiert werden kann. Das Mädchen wurde in Großbritannien medizinisch behandelt und trägt keine bleibenden Schäden davon. Sie lebt nun in England.

Bei dem Konzept der menschlichen Sicherheit steht nicht der Schutz der Bevölkerung vor Bedrohung durch andere Nationalstaaten im Fokus. Vielmehr konzentriert sich Human Security direkt auf den Schutz der Menschen, dass diese nicht ermordet oder vertrieben werden, auf den Schutz vor Naturkatastrophen, für den Zugang zu Essen, Trinkwasser und medizinischer Versorgung. Auch ein sicherer Schulweg, der in vielen Krisenregionen aufgrund bewaffneter und terrorisierenden Gruppierungen nicht gewährleistet werden kann, fällt in den Bereich der menschlichen Sicherheit. Die Freiheit vor physischer Gewalt wie sexuellen Übergriffen, Verfolgung oder Tod und die Freiheit von Not in Form von Zugang zu Trinkwasser und Nahrungsmittel oder der Zugang zu Bildung – *freedom from fear and want* – ist das erstrebenswerte Ziel des Konzepts von Human Security.⁷³

⁷¹ Haq 1995: 116.

⁷² Vgl. dazu www.malala-yousafzai.com.

⁷³ Beebe/Kaldor 2012: 17f.

3.2.3 INTERDEPENDENZ VON SICHERHEIT

In den vergangenen Jahrzehnten realisierte die internationale Gemeinschaft zusehends, dass die globale Sicherheitslage von Krisen und Konflikten an der Peripherie beeinflusst wird. Armut, Seuchen, Hungersnöte und Naturkatastrophen in Ost- oder Zentralafrika führen zu direkten Auswirkungen in den jeweiligen Nachbarstaaten und bewirken indirekte negative Effekte in Form von Flüchtlingsströmen, Kriminalität, Menschen- und Waffenhandel sowie Terrorismus auf die Länder des Westens. Darum sei es für Regierungen sinnvoller, Sicherheit in die Konflikt- und Krisenregionen zu exportieren anstatt Unsicherheit zu importieren.⁷⁴

Die Akteure der internationalen Entwicklungszusammenarbeit folgen diesem Trend und zeigen sich somit für sicherheitspolitische Überlegungen in der EZA empfänglich.

3.3 SICHTWEISEN VON HUMAN SECURITY

Human Security is not a concern with weapons. It is a concern with human dignity. In the last analysis, it is a child who did not die, a disease that did not spread, an ethnic tension that did not explode, a dissident who was not silenced, a human spirit that was not crushed.⁷⁵

Als politischer Schlüsselbegriff kann das Human Security Konzept, wenn man so will, als inhaltliche Ausformulierung des klassischen UN-Sicherheitskonzepts angesehen werden. Wie oben bereits mehrfach erwähnt, verschiebt sich beim Konzept der menschlichen Sicherheit die Sicherheit vom Staat als Zielobjekt auf den Menschen und richtet sich demnach nicht mehr ausschließlich auf den Staat als Akteur und Adressat der internationalen Sicherheitspolitik.

Da sich sowohl in der internationalen Gemeinschaft als auch in der wissenschaftlichen Debatte der Begriff des Human Security nicht auf eine Definition reduzieren lässt, werden im Folgenden nun adaptive Konzepte menschlicher Sicherheit kurz vorgestellt. Diese Aufzählung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, stattdessen werden wichtige Institutionen und

⁷⁴ Vgl. Ebd. 18.

⁷⁵ Commission on Human Security 2003: 9.

Organisationen und deren Implementierung sowie Ansätze von namhaften WissenschaftlerInnen angeführt.

3.3.1 HUMAN SECURITY NETWORK HSN

Ziel des *Human Security Network* ist, den Bekanntheitsgrad des Human Security Konzepts in den internationalen Gemeinschaften zu steigern und zu Akzeptanz verhelfen sowie mittels Kooperationen mit akademischen Einrichtungen die globale Zivilgesellschaft von der Sinnhaftigkeit und Wichtigkeit dieses Konzepts zu überzeugen. Darüber hinaus soll durch das Netzwerk die Eingliederung von menschlicher Sicherheit in die Vereinten Nationen und deren Organisationen vorangetrieben werden und strebt eine Verbesserung der Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft im UN Menschenrechtsrat an. Das Netzwerk trifft sich einmal jährlich unter dem Vorsitz eines ihrer Mitgliedsländer.⁷⁶

Das von Kanada und Norwegen 1998 initiierte Netzwerk⁷⁷ verschreibt sich der Schaffung einer humaneren Welt, in der Menschen in Sicherheit und Würde leben können und jedeR ihre/seine Potenziale ausschöpfen können. Die Art und Weise, wie diese Ziele erreichen werden können, obliegt allerdings den jeweiligen Staaten und hängen von den politischen Strategien ab. Während Japan und Kanada konkrete Maßnahmen an mögliche Bedrohungen menschlicher Sicherheit anführen, sieht das *Human Security Network* menschliche Sicherheit als einen politischen Leitfaden internationaler Politik, um die Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern und für ihren Schutz zu garantieren.⁷⁸

Gemeinsam mit dem *International Commission on Intervention an State Sovereignty* und der *Commission on Human Security* konnte sich das HSN im Human Security-Diskurs als Bindeglied zwischen internationalen Organisationen und einzelnen Staaten etablieren. Während sich jedoch die CHS am breiteren UNDP-Ansatz orientiert, konzentrieren sich das *Human Security Network*, ICISS

⁷⁶ Vgl. Embassy of Austria o. J.

⁷⁷ Mitgliedsländer sind: Chile, Costa Rica (seit 2005), Griechenland, Irland, Jordanien, Kanada, Mali, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweiz, Slowenien, Thailand sowie Südafrika als Beobachter. Vgl. dazu www.austria.org/humansecurity-network.

⁷⁸ Vgl. Paris 2001: 91; Stein-Kaempfe 2008: 36.

sowie Kanada fast ausschließlich auf die Eindämmung physischer Gewalt (*freedom from fear*).⁷⁹

3.3.2 EUROPÄISCHE UNION

Human Security bietet der Europäischen Union die Möglichkeit, sich auf fundamentale europäische Ideale zu stützen und diese auch global zu stärken. Krisenmanagement, Konfliktprävention und die Koordination militärisch-ziviler Operationen zur Herstellung nachhaltigen Friedens sind zentrale Instrumente der Gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).⁸⁰

Mary Kaldor entwickelte im Auftrag Javier Solanas in einer Studiengruppe neue Ideen für die Sicherheit Europas, welcher Barcelona-Report und im Madrid-Report mündete. Darin schlussfolgerte sie, dass Europa keine konventionelle nationalstaatliche Sicherheitspolitik benötigt, sondern vielmehr einen entscheidenden Beitrag für menschliche Sicherheit leisten soll. Dabei sollen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine Kombination von militärischen und zivilen Ressourcen erlauben. Im 21. Jahrhundert seien Armeen noch immer nicht dafür geschult und ausgerüstet, um im Bereich der menschlichen Sicherheit eingesetzt werden können und so für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen beizutragen. Stattdessen wird das Militär immer noch für die klassische Kriegsführung ausgebildet und vorbereitet. Eine anschließende Arbeitsgruppe erarbeitete sechs Prinzipien der menschlichen Sicherheit, deren Einhaltung für betroffene Bevölkerungsgruppen in Krisen- und Kriegsregionen unabdingbar ist. **(1) Vorrang der Menschenrechte:** Im Mittelpunkt eines jeden Human Security Projektes soll der Schutz der Zivilbevölkerung stehen und nicht ein möglicher Sieg über den Feind. Daher ist es erforderlich, dass Menschenrechte uneingeschränkt respektiert werden und dies nicht nur in befriedeten oder ohnehin friedlichen Regionen, sondern auch im Kampfgebiet selbst. Solange kein Raum, in dem die Menschenrechte ohne Voraussetzungen gelten, geschaffen wird, sind Aufstände von Bevölkerungsgruppen gegen die von ihnen als Besatzungsmacht empfundene Friedenstruppe nicht auszuschließen. **(2)**

⁷⁹ Vgl. Bosold 2008: 124ff.

⁸⁰ Beebe/Kaldor 2012: 15ff.

Legitime politische Autorität: Kooperationen zwischen lokalen, kommunalen, regionalen und nationalen Behörden müssen von der Bevölkerung legitimiert und akzeptiert werden, damit diese für eine langfristige menschliche Sicherheit und eine nachhaltige menschliche Entwicklung sorgen können. Legitime politische Institutionen werden durch freie Willensbildung etabliert und erfordern Gestaltungsräume der Bevölkerung. **(3) Bottom up Ansatz:** Betroffene Bevölkerungsgruppen müssen stets in die Strategie der menschlichen Sicherheit einbezogen werden. Die Bevölkerung muss im Stande sein, ihre Probleme selbst zu lösen, wobei zur Beratung und Hilfe Außenstehende herangezogen werden. Würde man sich für die Problemlösung ausschließlich auf externe BeraterInnen verlassen, könnte die Situation dadurch verschlechtert werden. **(4) Effektiver Multilateralismus:** Das Einbeziehen von zu vielen NGOs und Behörden als Akteure kann die Effizienz der Maßnahmen schmälern. Diese Maßnahmen müssen auf internationales Recht abgestimmt werden und von der betroffenen Bevölkerung als legitim angesehen und akzeptiert werden. **(5) Regionaler Ansatz:** Da vor allem humanitäre Krisen nicht vor Grenzen halt machen und in die Nachbarregionen hineinwirken, ist es nicht immer einfach, Krisengebiete abzugrenzen. Daher ist es wichtig, die gesamte betroffene Region in die Strategie miteinzubeziehen. **(6) Zivile Führung:** Es ist psychologisch wichtig, dass sich die Bevölkerung nicht wie in einem Kriegsgebiet fühlt. Das eingesetzte Militär soll sich daher wie eine Art Polizei verhalten und dessen Aufgaben übernehmen, wobei nicht militärische BefehlshaberInnen sondern ZivilistenInnen das Kommando übernehmen und Aktionen mit dem Entsendeland und der Lokalbevölkerung abstimmen und kommunizieren.⁸¹

⁸¹ Vgl. Ebd.

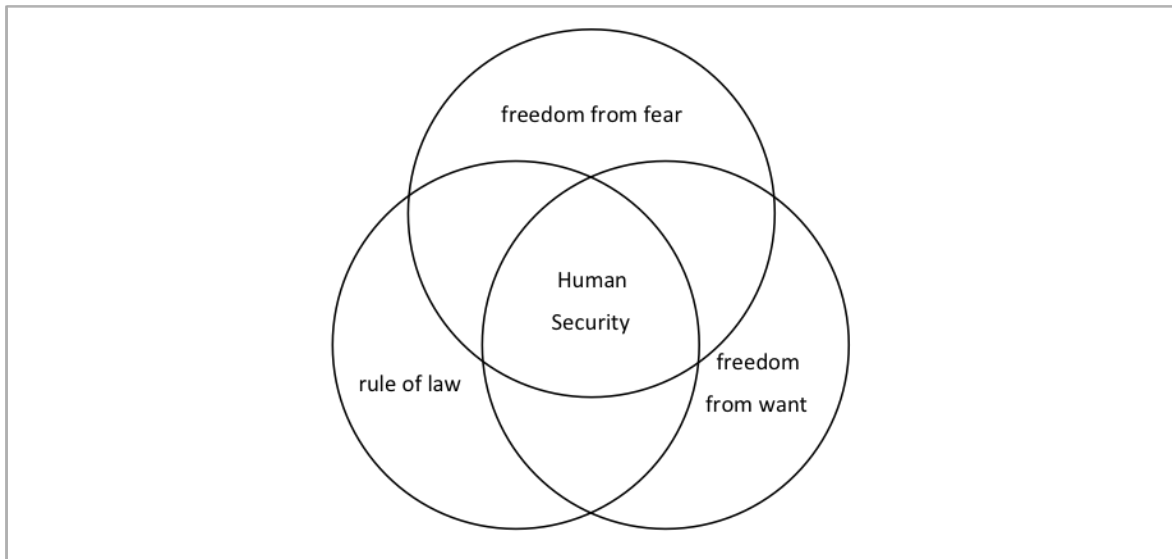


Abb. 5: Drei Dimensionen menschlicher Sicherheit aus europäischer Perspektive. Quelle: Ulbert/Werthes 2008: 19, (leicht adaptierte Fassung).

Zu den beiden Dimensionen Menschlicher Sicherheit (*freedom from fear* und *freedom from want*) gesellt sich bei der europäischen Perspektive also die Dimension der Menschenrechte. Als vorrangiges Ziel wird dabei die Durchsetzung von fundamentalen Menschenrechten und die Grundsätze des *rule of law* definiert. Durch diese Fokussierung sollen politische Rechte und bürgerliche Freiheiten sowie die drei Generationen der Menschenrechte (soziale, wirtschaftliche und kulturelle), durchgesetzt werden.⁸²

Im Rahmen der GASP unterhält die EU gegenwärtig (Stand Juni 2013) 16 Missionen auf drei Kontinenten mit einem beträchtlichen Aufwand an Personal. Diese Missionen variieren in Aufgaben, Ziel und Größe und dem Ausmaß der Aktivität beträchtlich und beinhalten Monitoring- und Planungseinsätze ebenso wie Militärmissionen, Reformen des Sicherheitssektors sowie den Ausbau der Rechtssicherheit.⁸³

Mit ihrem Human Security-Ansatz verfolgt die Europäische Union drei Verpflichtungen: **(1) Moralische Verpflichtung:** Da uns das Menschsein weltweit verbindet, verpflichtet es uns dazu, Regionen, Staaten und Individuen zu helfen,

⁸² Vgl. Sira/Gräns 2009: 2.

⁸³ Vgl. Kaldor/Martin/Selchow 2007: 288. Weitere Informationen zu den Missionen siehe www.bpb.de/internationales/europa/euoppaeische-union/42927/grafik-esvp-missionen.

deren Sicherheit bedroht wird oder denen es an Grundbedürfnissen fehlt. Die Gleichheit aller Menschen, welche ein Recht auf ein Leben in Würde und Sicherheit haben, steht dabei im Vordergrund. **(2) Rechtliche Verpflichtung:** Die EU bekennt sich zu seinen Verpflichtungen bezüglich Menschlicher Sicherheit gegenüber den Menschen außerhalb ihrer Grenzen. Im Zuge des Schutzes der Menschenrechte hat sie nicht nur das Recht, sondern die Verpflichtung, sich weltweit mit den Aspekten der Menschlichen Sicherheit zu befassen und diese auszubauen. Auf Grundlage von in internationalem Recht verankernden Werten muss sie sich engagieren, um die Sicherheit für alle Menschen zu gewährleisten. **(3) Verpflichtung durch aufgeklärtes Eigeninteresse:** Die Implementierung des Human Security Konzepts dient der Europäischen Union nicht zuletzt dem Schutz ihrer Eigeninteressen. Die Grundannahme für dieses Eigeninteresse besteht darin, dass die europäische Bevölkerung nicht in Sicherheit leben kann, solange weite Teile der Welt unsicher sind. Diese Verpflichtung ist vielmehr dem Realismus als einem Idealismus geschuldet.⁸⁴

3.3.3 ASSOCIATION OF SOUTH EAST ASIAN NATIONS ASEAN⁸⁵

Die ASEAN konnte sich seit ihrer Gründung 1967 eine zentrale Rolle in der Asien-Pazifik-Region erarbeiten und zeigt sich für den gegenwärtigen Aufschwung des Regionalismus in dieser Region verantwortlich. Als Ausgangspunkt bedeutender regionaler Organisationen (ASEAN+3⁸⁶, *ASEAN Regional Forum*⁸⁷, *East Asian Summit*⁸⁸) leistet die ASEAN in einer Region mit einigen der dynamischsten Ökonomien der Welt einen entscheidenden entwicklungs- und

⁸⁴ Vgl. Glasius/Kaldor 2005: 68ff.

⁸⁵ Mitgliedsstaaten von ASEAN sind Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam. Weitere Informationen zur ASEAN, Geschichte und Aufgaben unter www.asean.org.

⁸⁶ ASEAN unterhält seit 1997 regelmäßige Konsultationen mit China, Japan und Südkorea. Vgl. dazu www.asean.org.

⁸⁷ Mitgliedstaaten des *ASEAN Regional Forum* sind die zehn ASEAN-Staaten, die zehn ASEAN-Dialogpartner Australien, Kanada, China, die EU, Indien, Japan, Südkorea, Russland, Neuseeland und die USA sowie Papua Neuguinea, die Mongolei und Nordkorea. Vgl. dazu <http://aseanregionalforum.asean.org>.

⁸⁸ Im Rahmen des zweimal jährlich stattfindenden *ASEAN-Summits* werden Gespräche mit dem *Asian Regional Forum*, den Staatshäuptern der ASEAN+3 sowie mit den Staatshäuptern von Australien und Neuseeland geführt. Daran anschließend findet der *East Asian Summit* statt. Vgl. dazu www.asean.org.

sicherheitspolitischen Beitrag. Initiiert vorwiegend von Entwicklungsländern, proklamierte die Organisation in den ersten 30 Jahren seit ihrer Gründung mittels ihrer Prinzipien des Nichteinmischens in interne Angelegenheiten sowie der Entscheidungsfindung durch Konsens einen *ASEAN Way*, welcher die gesamte Asien-Pazifik-Region durchdrang.⁸⁹

ASEANs primäres Ziel ist es, die sozio-ökonomische Entwicklung in der Region voranzutreiben; die regionale Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich soll als Mittel für langfristige Stabilität in Südostasien als Ziel dienen.⁹⁰

Obwohl sich die ASEAN-Staaten bereits 1980 zu einer umfassenden Sicherheitsdoktrin bekannten, um die sozialen, ökonomischen, politischen oder ökologischen Bedrohungen abzufedern, offenbarte die asiatische Finanzkrise, eine Reihe ökologischer Katastrophen⁹¹ sowie der Terroranschlag von Bali 2002, der 202 Menschen das Leben kostete, die Verwundbarkeit ihrer Bevölkerung, die diesen Gefahren machtloser gegenüberstehen als die Staaten selbst.⁹²

Die expansiv ausgelegte exportorientierte Wirtschaftspolitik vor der Asienkrise versprach den ASEAN-Staaten jahrelang hohe Wachstumsraten, festigte die Verbindung von staatzentrierter Sicherheitspolitik und wirtschaftlicher Entwicklung und mündete schließlich in einem südostasiatischen Wirtschaftswunder. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde, wie oben erwähnt, als wesentliches Instrument angesehen, um die innenpolitische Stabilität der Regierungen in der Region zu garantieren. Der Boom in den frühen 1990er Jahren führte zu einer merklichen Armutsreduktion und wesentlichen Verbesserung des Lebensstandards großer Bevölkerungsgruppen, wodurch der *Human Development Index* (HDI) der gesamten ASEAN-Region erhöht werden konnte. Allerdings wurde die Einführung eines sozialen Sicherheitsnetzes, welches von Stagnation und wirtschaftlichen

⁸⁹ Vgl. Feigenblatt 2009: 2f.

⁹⁰ Vgl. Gerstl 2009: 162.

⁹¹ Das Schwere Akute Atemwegssyndrom (SARS-Virus) verbreitete sich im März 2003 von Südchina ausgehend explosionsartig in Südostasien und anschließend weltweit. Vgl. dazu www.zeit.de/2003/15/SARS, Zugriff am 18.12.2013; Ein Tsunami, ausgelöst durch ein schweres Erdbeben im indischen Ozean, forderte im Dezember 2004 in Süd- und Südostasien rund 160.000 Menschenleben. Vgl. dazu <http://derstandard.at/2074051>, Zugriff am 18.12.2013; Die Todesopfer des Zyklons Nargis im Frühjahr 2008 werden alleine in Burma auf knapp 140.000 geschätzt. Vgl. dazu www.kleinezeitung.at/nachrichten/chronik/1252467/index.do, Zugriff am 18.12.2013.

⁹² Vgl. Gerstl 2009: 67; Gerstl 2010: 5.

Krisen betroffene Personen auffangen könnte, während der ökonomischen Aufholjagd von den Regierungen verabsäumt. Somit konnten Folgeerscheinungen der Krise wie sinkende Löhne und hohe Arbeitslosigkeit nicht kompensiert werden. Die Asienkrise und ihre Folgen exponierte die ASEAN-Mitgliedstaaten zahlreichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedrohungen und stellte den staatszentrierten Sicherheitsdiskurs in Frage, denn der einzige Garant für die Sicherheit der Bevölkerung – der Nationalstaat – lag wie ein betäubter Tiger entkräftet am Boden.⁹³

Viele PolitikerInnen und BeobachterInnen waren mit den darauffolgenden Reaktionen der regionalen Institutionen auf die von der Krise verursachten Folgeprobleme nicht zufrieden und forderten ein kooperatives Eingreifen in die prekäre Lage. Dabei kam die Unvereinbarkeit vom Konzept der menschlichen Sicherheit – welche auch die politische Sicherheit, etwa die Freiheit zur Ausübung politischer Grundrechte, beinhaltet – mit dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten zum Vorschein.⁹⁴

Denn die umfassende Sicherheitsdoktrin orientiert sich am Staat und ist durch staatliche Souveränität, die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten sowie einer begrenzten regionalen Zusammenarbeit gekennzeichnet.⁹⁵

Diese lang verfolgte staatszentrierte Sicherheitsperspektive, welche auch dem staats- und nationenbildenden Prozess der postkolonialen Ära geschuldet war, wurde von Japans propagierten Human Security-Ansatz (und das mit diesem einhergehenden Engagement in der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik) beeinflusst und sorgte dadurch mitunter für den Aufstieg des Konzepts der menschlichen Sicherheit in der gesamten Region.⁹⁶

Der damalige thailändische Außenminister (1997-2001) und spätere Generalsekretär der ASEAN (2008-2012) Surin Pitsuwan stieß mit seiner Forderung eines „flexiblen Engagements“ unter den Regierungschefs der Mitgliedstaaten auf Ablehnung, da diese eine öffentliche Diskussion interner Angelegenheiten befürchteten und verhindern wollten. Er beabsichtigte eine

⁹³ Vgl. Caballero-Anthony 2008: 153; Cheeppensook 2006: 10ff.

⁹⁴ Vgl. Caballero-Anthony 2008: 153f.

⁹⁵ Vgl. Gerstl 2010: 4.

⁹⁶ Vgl. Cheeppensook 2006: 1; Feigenblatt 2009: 4.

offene und freie Diskussion von bestimmten Themen, auch wenn sich diese auf die Innenpolitik der Staaten beziehen sollten. Denn solange innenpolitische Aktivitäten regionale Interessen betreffen und dadurch negative Effekte auf die Sicherheitslage der Region haben können, sollte über diese Handlungen auch auf multinationaler Ebene, also im Rahmen der ASEAN, beratschlagt werden. Damit strapazierte Surin die Prämisse des Nichteinmischens in interne Angelegenheiten der ASEAN-Mitgliedstaaten.⁹⁷

Die anfängliche Skepsis und Ablehnung eines „flexiblen Engagements“ wich der Einsicht, dass es unter den südostasiatischen Ländern viele verschiedene Zugänge zur Bearbeitung regionaler Probleme gab. So argumentierte z.B. Indonesien gegen eine Politik der „konstruktiven Intervention“ im damaligen Myanmar, da dies den Grundprinzipien der ASEAN – die Respektierung der Souveränität der Staaten – widerspreche. Malaysia unterstützte Indonesien in seiner Argumentation, indem es veranschaulichte, dass malaiische Kommentare über die Behandlung der muslimischen Minderheit in Südthailand für die thailändische Regierung unerwünscht wären.⁹⁸

Diese Erkenntnis veranlasste die Regierungen der Mitgliedstaaten 1997 zur Verabschiedung der *ASEAN Vision 2020*, eine Agenda, die Themen von Human Security wie Nahrungsmittelsicherheit und medizinische Versorgung aufgriff und im Zuge dieser eine „community of caring societies *intended to achieve more than the aspect of the freedom from want of human security*“ entstehen soll.⁹⁹

Die Betonung von direkten Bedrohungen des menschlichen Lebens deckt sich weitestgehend mit den Prinzipien der menschlichen Sicherheit. Die Agenda verschreibt sich einer nachhaltigen Entwicklung, die Hunger, Unterernährung und Armut hinter sich lassen soll und strebt menschliche Entwicklung der gesamten ASEAN-Bevölkerung an, unabhängig ihres sozialen oder kulturellen Hintergrunds. Im Fokus stehen menschliche Würde und Wohlfahrt.¹⁰⁰

Dass dies nicht nur auf Papier gebrachte Lippenbekenntnisse waren, bezeugt das weitere Vorgehen der ASEAN: Der *Hanoi Plan of Action* 1997 und das beim

⁹⁷ Vgl. Caballero-Anthony 2008: 154; Cheeppensook 2006: 11.

⁹⁸ Vgl. Caballero-Anthony 2008: 154.

⁹⁹ Vgl. Cheeppensook 2006: 12; www.asean.org/asean/asean-summit/item/asean-vision-2020.

¹⁰⁰ Vgl. www.asean.org/asean/asean-summit/item/asean-vision-2020.

folgenden ASEAN-Gipfel verabschiedete *Statement on Bold Measures* unterstrich die Entschlossenheit der Regierungen, die in der *ASEAN Vision 2020* definierten Ziele zu verfolgen. Diese Vorgehensweise lässt die Verschiebung einer auf Nationalstaaten ausgerichteten Sicherheitspolitik hin zu einer Politik erkennen, deren Hauptanliegen die menschliche Würde und der gleichberechtigte Zugang zu Ressourcen ist.¹⁰¹

Die Auslegung des Human Security Ansatzes der „semi-demokratischen bis semi-autoritären ASEAN-Regime“¹⁰² ist im Allgemeinen seit 9/11 ihrer Anti-Terrorismus-Strategien geschuldet. Trotz der jahrzehntelang andauernden Bekämpfung ethnischer und religiöser Gewalt sowie die versuchte Eindämmung terroristischer Aktivitäten, wird der Terrorismus im Besonderen seit den Bombenanschlägen auf Bali 2002 als Bedrohung für die transnationale Sicherheit von Staaten und Menschen angesehen.¹⁰³

Suhartos Sturz in Indonesien 1998 machte den ASEAN-Regimen klar, dass ihre Legitimation nicht länger nur auf vernünftigem Wachstum und sozioökonomischer Entwicklung beruht, vielmehr müssen sie auch für menschliche Sicherheit ihrer Bevölkerung sorgen. Die Mitgliedsstaaten einigten sich daher 2003 auf einen gemeinsamen ASEAN-Ansatz, der auf eine asiatische Gemeinschaft bis zum Jahr 2015 abzielt und eine „*people-oriented, caring and inclusive community*“ verspricht.¹⁰⁴

Zusammenfassend eröffnete die Asienkrise als „*crucial catalyst to put human security on the political agenda*“¹⁰⁵ neue Perspektiven für die ASEAN-Staaten, welche eine Änderung der auf Souveränität und staatszentrierten Sicherheitspolitik bewirkte und den Weg für das Konzept der menschlichen Sicherheit in der gesamten Region bereitete. Welche Anwendung dieses Konzept bei den Akteuren im südostasiatischen Raum findet, wird in den folgenden Kapiteln dargestellt werden.

¹⁰¹ Vgl. Cheeppensook 2006: 12; www.asean.org/news/item/hanoi-plan-of-action; www.asean.org/communities/asean-economic-community/item/statement-on-bold-measures-at-the-sixth-asean-summit-hanoi-16-december-1998.

¹⁰² Gerstl 2009: 162.

¹⁰³ Vgl. Gerstl 2010: 7.

¹⁰⁴ Vgl. Ebd. 5.

¹⁰⁵ Ebd. 4.

3.4 KRITIK AN DER HUMAN SECURITY KONZEPTION

Die Unmöglichkeit, das Konzept der menschlichen Sicherheit in einer Begriffsdefinition zu fassen, erlaubt viel Raum für kritische Überlegungen. Denn wie wir bis jetzt gesehen haben, bietet uns menschliche Sicherheit keine konkreten Vorschläge an, wie ebendiese erzielt werden kann. Vielmehr stellt es ein erstrebenswertes Ziel dar, welches mit unterschiedlichen Mitteln erreicht werden kann. Dadurch ergibt sich ein größtmöglicher Gestaltungsspielraum, anhand dessen die verschiedenen Herangehensweisen der in dieser Arbeit erwähnten Staaten, Organisationen und Netzwerke erklärt werden können. Die Kritikpunkte in den folgenden Ausführungen wurden nach Ermessen des Autors ausgewählt und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

3.4.1 KONZEPTUELLE KRITIK: UNKLARE DEFINITION MENSCHLICHER SICHERHEIT

Das inhärente Problem Menschlicher Sicherheit, namentlich die Unmöglichkeit der Präzisierung des Begriffes an sich, macht es für viele KritikerInnen zu Recht angreifbar. Wenn Unsicherheit alle Arten von Gefahr für ein Individuum bedeutet, dann verliert es jegliche deskriptive Aussagekraft.

Roland Paris (2001) macht aber genau diesen Mangel einer präzisen Definition hauptverantwortlich für den Erfolg dieses Konzepts, da es eine „*coalition of middle power[...] states, development agencies, and NGOs*“ ermögliche und zusammenhalte, welche um Aufmerksamkeit und Ressourcen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ringe.¹⁰⁶

Diese begriffliche Verschwommenheit, die von Drogenmissbrauch bis Genozid alles beinhalte, verhindere die Einigung auf Aktionsschwerpunkte menschlicher Sicherheit und erschwere die Fokussierung auf Bereiche, bei welchen politische Aufmerksamkeit gefragt ist. Für Andrew Mack ist Human Security weniger ein

¹⁰⁶ Vgl. Paris 2001: 88.

analytisches Konzept als ein Mittel zur Verbreitung moralischer und politischer Werte.¹⁰⁷

3.4.2 THEORETISCHE IMPLIKATION: SICHERHEITSPOLITISCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK DURCH WESTLICHES SICHERHEITSDENKEN

Hier ist es vor allem die an Sicherheit orientierte Konzeption an sich, welche KritikerInnen irritiert.

Als entwicklungspolitischer Schlüsselbegriff der Neunziger Jahre bedeutete Nachhaltigkeit im Grunde die „Verschiebung der Modernisierungsversprechungen auf unbestimmte Zeit“ (Pospisil 2007) und veranschaulichte damit das bisherige Scheitern der Entwicklungspolitik. Mit der Übernahme von Human Security–Agenden sollte auf dieses Scheitern reagiert werden, in dem die Gefahrenpotenziale an der Peripherie für dieses Versagen verantwortlich gemacht und diese als primäre Problemursachen identifiziert wurden. Die neuen Kriege¹⁰⁸ und die Kriege an den Rändern¹⁰⁹ werden vorwiegend von Handlungen nichtstaatlicher Akteure dominiert und formieren sich auf Grund nicht vorhandener staatlicher Wirkungsmechanismen zu profitablen Gewaltökonomien. So genannte *failed states* wurden von westlichen Demokratien als moralische Ordnungshüter zu *rogue states* umfunktioniert (z.B. Afghanistan, Pakistan und Irak) und fordern die internationale Gemeinschaft durch ihre Unfähigkeit, staatliche Institutionen zu etablieren, zu einer Intervention regelrecht heraus. Durch diese Vorgehensweisen werden die Ursachen für das globale systemische Ungleichgewicht erfolgreich verschleiert und der Entwicklungsdiskurs an sicherheitspolitische Konzepte angebunden. Erneut sollen durch westliches Knowhow die unsicheren Peripherien entwickelt werden. Damit wird die Armutsbekämpfung zu einer umfassenden Sicherheitsfrage erklärt, Armut und von Armut betroffene Bevölkerungsgruppen

¹⁰⁷ Vgl. Mack bzw. Foong Khong zit. nach Tadjbakhsh/Chenoy 2007: 60.

¹⁰⁸ siehe dazu Münkler 2004: Die neuen Kriege. Rowohlt, Reinbek.

¹⁰⁹ siehe dazu Becker/Hödl/Steyrer 2005: Krieg an den Rändern. Von Sarajevo bis Kuito. Promedia, Wien.

werden zur Bedrohung des westlichen Wohlstands.¹¹⁰ Vielmehr verstellt diese Auffassung den Blick auf die universelle menschenrechtliche Perspektive, die menschliche Sicherheit eigentlich beansprucht, und trägt durch die Ausschließung der „Anderen“ zu einer De-Solidarisierung mit den Armen bei. Darüber hinaus vermittelt sie den Irrglauben an eine abgeschottete Wohlstandinsel.¹¹¹

Zudem stelle Human Security eine „ethische Doktrin“ dar, welche den Zentren erlaubt, sich über die Moral der Peripherien zu positionieren und eine ethische Verantwortlichkeit zum Ausdruck bringt.¹¹²

Claudia von Braunmühl (2007) argumentiert, dass in der Entwicklungszusammenarbeit die Zentrierung auf Konflikte immer stärker werde und mit dem sich erweiternden sicherheitspolitischen Referenzrahmen der Einfluss von Verteidigungs- und Polizeiangelegenheiten in den Entwicklungshaushalten vergrößere. Deshalb ist sie der Überzeugung, dass Fragen der globalen Solidarität und Gerechtigkeit besser in einem Menschenrechtsdiskurs anstatt in einem Sicherheitsdiskurs aufgehoben seien.¹¹³

3.4.3 MORALISCHE IMPLIKATION: DIE GLOBALISIERUNGSKRITISCHE PERSPEKTIVE

Für den Politikwissenschaftler Elmar Altvater bedeutet menschliche Sicherheit die Bereitstellung öffentlicher Güter, weshalb auch die Diskurse über beide Themenfelder nicht getrennt werden könnten. Seiner Ansicht nach verfolge der nach dem Ende der Blockkonfrontation 1989/90 modifizierte „(neo)realistische Sicherheitsbegriff [...] vor allem auch Sicherheit der Rahmenbedingungen für Kapitalanlagen von global operierenden ökonomischen Akteuren“.¹¹⁴ Daher umfasse das Konzept menschlicher Sicherheit auch „*Versorgungsinteressen*, die

¹¹⁰ Anm. des Autors: Gut zu erkennen ist dies am gegenwärtigen Umgang der EU Grenzschutzagentur FRONTEX mit afrikanischen MigrantInnen, die unter schwierigsten Bedingungen versuchen, das Mittelmeer zu überqueren. Neuere Überlegungen sehen eine Überwachung dieser Flüchtlingsströme mittels Drohnen vor, um diese mit militärischen Mitteln zur Umkehr zu zwingen.

¹¹¹ Vgl. Braunmühl 2007: 40ff; Pospisil 2007: 20ff.

¹¹² Vgl. Duffield 2004: 73.

¹¹³ Vgl. Braunmühl 2007: 34; Mahnkopf 2003: 18.

¹¹⁴ Altvater 2003: 4.

der Sicherung des Wohlstandes in den Industrieländern diene“¹¹⁵, womit Rohstoffe, Wasser und die Sicherung von Transportwegen auf See sicherheitspolitisch bedeutsame Güter darstellen. Vor allem sei es in den westlichen Industrieländern, wo das Leben der Menschen nicht von physischem Zwang und militärischer Gewalt sowie durch den Mangel an öffentlichen Gütern geprägt ist, notwendig, auf die größer werdenden sozio-ökonomischen Ungleichheiten aufmerksam zu machen. Diese Ungleichheiten werden durch prekäre Arbeitsverhältnisse, steigende Arbeitslosigkeit aufgrund eines weltweiten Verdrängungswettbewerbes und durch die fortwährende Privatisierung des Bildungssystems zunehmen.¹¹⁶

Altvater und Birgit Mahnkopf (2002) sehen im neoliberalen Wirtschaftssystem eine „*rent-seeking*“ Bereicherungsökonomie, deren Durst durch eine fortschreitende Inbesitznahme des Staates samt öffentlicher Güter („*state-capture*“) gestillt werde und welche die sozialen und politischen Beziehungen einer Gesellschaft demontieren. Dadurch würden die Entwicklungsperspektiven ganzer Generationen geschmälert und die menschliche Sicherheit aufgeweicht werden.¹¹⁷

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Vgl. Ebd. 3ff.

¹¹⁷ Vgl. Altvater/Mahnkopf 2002: 342.

4. MENSCHENRECHTE UND ASIATISCHE WERTE

There is a common pan-cultural baseline of value priorities. There is a striking level of agreement across societies regarding the relative importance of different types of values – a high correlation between the value hierarchy of almost all samples and the average hierarchy of many different samples.¹¹⁸

Die Gewährleistung von Menschenrechten bedeutet menschliche Sicherheit, oder anders ausgedrückt, ohne garantierte Menschenrechte würden viele Menschen in Furcht und Angst leben. Für Human Security sind Menschenrechte Voraussetzung und gleichzeitig fördert sie diese auch, indem es verschiedene Bereiche stimuliert, welche die Bevölkerung befähigen (*to empower*), ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern. Dazu erscheint es sinnvoll, etwas näher auf das Konzept der Menschenrechte und das asiatische Verständnis dieser einzugehen.

Das Wertesystem der Menschenrechte ist nicht explizit ein europäisches, es ist vielmehr in allen Kulturen und Religionen weltweit zu finden und stellt eine Art Goldene Regel jeder Gesellschaft dar. Im Mittelpunkt der Idee von Menschenrechten stehen das Leben und die Würde des Menschen. Ebenso stellen das Recht auf Bildung, das Recht auf medizinische Versorgung sowie das Recht auf Privat- und Familienleben wesentliche Voraussetzungen für ein Leben in Würde dar. Menschenrechte bestehen folglich aus den Grundrechten, welche den Menschen befähigen, das eigene Leben selbst zu gestalten (*empowering*). Diese Rechte sind in internationalen und regionalen Menschenrechtsverträgen (z.B. *ASEAN Human Rights Declaration*, Europäische Menschenrechtskonvention EMRK) sowie in den Verfassungen der Staaten verankert und sollen grundlegende Menschenrechte garantieren. Solange diese Rechte nicht

¹¹⁸ Schwartz/Bardi 2001: 287.

umgangen werden, können einzelne Staaten oder regionale Staatenorganisationen wie ASEAN, die EU oder die Afrikanische Union (AU), eigene Menschenrechtsdokumente einführen, insbesondere um einen höheren Menschenrechtsstandard zu schaffen. Menschenrechte betreffen nicht nur innerstaatliches Recht, internationale Kategorien von Menschenrechten lassen eine direkte Verbindung zwischen dem Individuum und der globalen Politik entstehen.¹¹⁹

4.1.1 MENSCHENRECHTE – GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK

Mit dem Zeitalter der Aufklärung, des politischen Liberalismus und der rationalistischen Lehre vom Naturgesetz wurden dem Menschen individuelle Rechte verliehen, die sie/ihn in die Mitte eines legalen und sozialen Systems stellen. Als oberstes Ziel des Liberalismus galt die Freiheit des Individuums.¹²⁰

Das subjektive Recht persönlicher Freiheit steht im Vordergrund und ergibt schließlich ein natürliches Menschenrecht: Das Recht auf Leben, welches der Gesellschaftsvertrag als einzigen Zweck vorsieht.¹²¹

Die Entwicklung der Menschenrechte ist in engem Zusammenhang mit der Entstehung des Konstitutionalismus zu sehen, da vom Staat garantierte Menschenrechte erst seit der Verankerung von Verfassungen vorhanden sind. Durch ihn werden die Aufgaben und Strukturen des Staates in einer Verfassung ebenso wie die Grundrechte jedes einzelnen Menschen festgelegt. Diese Grundrechte stellen einen wichtigen Indikator jener Werte dar, die der jeweilige Staat seiner Bevölkerung zugestehen will.¹²²

Das Recht auf Nichteinmischung des Staates und das liberale Konzept der Trennung von Staat und Gesellschaft der klassischen Menschenrechtsidee wurde von den sozialistischen Ländern von Anfang an stark kritisiert. Das sozialistische Menschenrechtskonzept lief darauf hinaus, die Gleichstellung der Menschen in die Realität umzusetzen. Allerdings ging dabei der Aspekt der individuellen Entfaltung verloren, vielmehr dienten die in den Verfassungen

¹¹⁹ Vgl. Nowak 2002: 3ff; Trachsler 2003: 76.

¹²⁰ Vgl. Nowak 2002: 9; Langewiesche 2001: 26ff.

¹²¹ Vgl. Brunkhorst 1999: 158ff.

¹²² Vgl. Nowak 2002: 15.

sozialistischer Staaten verankerten Menschenrechte lediglich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Diese von den sozialistischen Staaten proklamierten ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte bilden die so genannte zweite Generation der Menschenrechte. Nach dem Ende des Kalten Krieges stellen sie gemeinsam mit der ersten Generation, den zivilen und politischen Rechten, und der dritten Generation, den kollektiven Rechten einen im Sinne von „*all human rights for all*“ universalistischen Anspruch der Menschenrechte dar.¹²³

Als Grundlage der gegenwärtigen Menschenrechtskonzeption gilt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) der Vereinten Nationen von 1948. Diese Erklärung unterliegt in regionalen und nationalen Menschenrechtsdokumenten einer ständigen Weiterentwicklung. Heute gelten die Menschenrechte, wenn man so will, als Teilbereich des internationalen Völkerrechts mit sehr vielen Besonderheiten.

4.1.2 ASIATISCHE UND JAPANISCHE WERTE

Werte sind die wesentliche Voraussetzung sozialer Ordnung.¹²⁴

Der Begriff der asiatischen Werte tauchte erstmals zu Beginn der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts auf der internationalen politischen Bühne auf und versucht eine bewusste Abgrenzung der asiatischen Völker von den westlichen Industrienationen zu bilden. Die asiatischen Staaten bemühten sich um die Wiederbelebung religiöser und traditioneller Werte und versuchten die Gesellschaft davon zu überzeugen, dass intakte Verwandtschaftsbeziehungen das wirtschaftliche Leben stimuliere. Dies wurde vor allem in den Tigerstaaten für die rasante wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich gemacht werden.¹²⁵

Hier muss festgehalten werden, dass die jeweiligen Weltregionen bzw. Staaten eine Wertediskussion für eigene politische Ziele zu instrumentalisieren versuchen um einen Nutzen gegenüber der jeweiligen anderen Seite zu erlangen.¹²⁶

¹²³ Vgl. Ebd. 11ff.

¹²⁴ Smelser 1972: 54 zit. nach Hillmann 2003: 52.

¹²⁵ Vgl. De Bary 2000: 1-16; Pertierra 1998: 119.

¹²⁶ Vgl. Hamm 1995: 25.

Obwohl tief in den asiatischen Werten verwurzelt, versteht es Japan seit Jahrhunderten, kulturelle Elemente aus Ost und West zu kombinieren und daraus ein japanisches Wertesystem zu entwickeln. Wie in China erfährt auch in Japan das Harmoniebedürfnis große Wertschätzung, welche die gegenseitige Achtung in den Mittelpunkt stellt und Sicherheit, Wohlstand und Werte als die drei Pfeiler der japanischen Gesellschaft bekräftigt. Als erstes Land Asiens, das die Demokratie als Regierungsform einführte, sieht sich Japan heute mehr denn je in der Pflicht, Sicherheit und Stabilität in der gesamten Asien-Pazifik Region zu festigen und Wachstumschancen so weit wie möglich auszuweiten.¹²⁷

Allerdings lässt ein genauer Blick auf die asiatischen Gesellschaften eine große Bandbreite von Lebensstilen erkennen, bei denen traditionelle asiatische mit westlichen und modernen Lebensarten Hand in Hand gehen.¹²⁸

¹²⁷ Vgl. dazu die Rede von Außenminister Koichoro Gembu zur japanischen Außenpolitik anlässlich der Eröffnung der 180. Sitzungsperiode des Parlaments am 24.01.2012; www.de.emb-japan.go.jp/NaJ/NaJ1202/gemba.html.

¹²⁸ Vgl. Cauquelin/Lim/Mayer-König 1998: 4.

5. AKTEURE

Während der erste Teil der vorliegenden Arbeit mit dem theoretischen Wissen Entstehung, Sichtweisen und Kritik menschlicher Sicherheit die Grundlage und damit die Voraussetzung zur Beantwortung der Forschungsfragen bildet, soll nun im zweiten Teil versucht werden, die praktische Anwendung dieses vielseitigen Konzepts zu beleuchten. Dabei dienen die Vorgaben der ASEAN für das Konzept menschlicher Sicherheit und die japanische Auslegung des Konzepts im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit ODA (*Official Development Assistance* der OECD) mit der Sozialistischen Republik Vietnam als Untersuchungsgegenstand.

Zuerst wird dargestellt, welche Aspekte menschlicher Sicherheit für die ASEAN wichtig und mit ihrer Politik kompatibel sind und ob sich die Mitgliedsstaaten als geeinte Partner ihrer humanitären Verantwortung als regionaler und *global player* der Welt(wirtschafts)politik bewusst werden (Kap. 5.1). Auch wenn ASEAN kein Akteur der internationalen Entwicklungszusammenarbeit im klassischen Sinne ist, so gibt sie in ihren Dokumenten den wirtschaftlichen und politischen Rahmen für menschliche Entwicklung vor. Mit der Kombinierung des *ASEAN-Way* mit menschlicher Sicherheit ist sie jedenfalls ein bedeutender Partner im regionalen Entwicklungsdiskurs.

Als drittgrößte Ökonomie der Welt ist Japan aufgrund seiner geographischen Lage wirtschaftspolitisch traditionell eng mit Südostasien und damit der ASEAN verbunden. Der ostasiatische Inselstaat leistet für viele der ASEAN-Staaten einen großen Teil seiner öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die Veranschaulichung der Anwendung von Human Security in Japans ODA (Kap. 5.2) erscheint demzufolge sinnvoll und wird im Anschluss zu den Ausführungen über ASEAN dargestellt.

In Kapitel 6 werden wir uns auf die japanische Entwicklungsagentur JICA in Vietnam konzentrieren, um mit Hilfe dieser unsere eingangs gestellten Fragen

beantworten und interpretieren zu können: Welche Konzepte menschlicher Sicherheit werden von Japan angewendet bzw. von ASEAN bevorzugt? Wie werden diese von ihnen verstanden? Wie sehen, falls abgeändert, ihre Adaptionen aus und wo sind ihre Stärken bzw. Schwächen zu finden?

5.1 ASEANS AGENDEN MENSCHLICHER SICHERHEIT

Als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 erweiterten die Mitgliedsstaaten der ASEAN die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit um eine sicherheitspolitische Komponente. Obwohl seither zahlreiche regionale Territorialkonflikte nicht gelöst werden konnten, so wurde doch eine weitere Eskalation erfolgreich verhindert, was wiederum das Staatenbündnis als erfolgreichen sicherheitspolitischen Akteur darstellt.¹²⁹

Jedoch erfordern ältere Probleme und grundsätzliche Bedrohungen eine intensivere Kooperation. Die Entwicklung der Landwirtschaft in entlegenen Gebieten und deren verarmte Minderheiten verlangen genauso wie der Status von Flüchtlingen in Burma, Kambodscha und Laos größere Anstrengungen in der gemeinsamen Sicherheitspolitik. Vor allem ist laut Hieber aber notwendig, neuen Bedrohungen wie der organisierten Kriminalität, dem Drogenhandel, der Piraterie und dem internationalen Terrorismus durch ein gemeinsames Vorgehen auf multinationaler Ebene entgegen zu treten. Da diese Übergänge in Südostasien fließend sind, können Problemfelder unter einer von ASEAN koordinierten Sicherheitspolitik einfacher identifiziert und gelöst werden.¹³⁰

Zu diesem Zweck wurde 2007 eine Charter verabschiedet, die nicht nur auf eine intensivere Wirtschaftspolitik, sondern auch auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik abzielt.

¹²⁹ Vgl. Hieber 2012: 147 und 155.

¹³⁰ Vgl. Ebd. 156.

5.1.1 DIE ASEAN CHARTER

Die ASEAN Charter wurde im Zuge des 13. ASEAN-Gipfels in Singapur im November 2007 von den Mitgliedsstaaten verabschiedet. Die damalige philippinische Präsidentin (2001-2010) führte in ihrer Rede „*One Caring and Sharing Community*“ beim vorangegangenen Treffen der RegierungsvertreterInnen im Jänner 2007 aus:

We stressed that the ASEAN community we are building shall be a community of peoples caring for and sharing their human, natural and cultural resources and strengths for their common good and mutual benefit.¹³¹

Obwohl der Begriff der menschlichen Sicherheit nicht in der Charter angeführt ist und somit auch kein direkter Bezug zu diesem Konzept hergestellt wird, gibt die ASEAN mit den im Dokument genannten Zielen die Leitlinien für Human Security vor. Zwar wird auch hier auf die Prinzipien der nationalen Souveränität und des Nichteinmischens verwiesen, das Wohlbefinden, die Lebensgrundlage und der Wohlstand der Menschen ist jedoch in den Mittelpunkt der ASEAN-Gemeinschaft zu stellen. Armutslinderung und die Verminderung des Wohlstandsgefälles sollen durch gemeinsame Hilfeleistungen und bessere Kooperation der Mitgliedsstaaten erreicht werden. Vor allem aber soll durch den Vertrag die bereits 2003 versprochene „*ASEAN Community*“ bis 2015 verwirklicht werden, die sich am Menschen orientiert („*people oriented*“) und dessen Rechte und fundamentale Freiheiten gefördert und garantiert werden. Den Menschen soll ermöglicht werden, am sozialen Wohlstand und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben und gleichberechtigt von den Möglichkeiten zur menschlichen Entwicklung zu profitieren. Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollen Kooperationen auf politischer, sicherheitspolitischer und soziokultureller Ebene forciert werden. Der *freedom from want* – Ansatz des Human Security Konzepts wurde in Südostasien in Kontext und Praxis allerdings gut integriert und kennzeichnet den laufenden Wandel in der Region zu einer „*people-centered community*“. Dieser in der Charter

¹³¹ Gloria Macapagal-Arroyo, 2001-2010 Präsidentin der Philippinen, beim 12. ASEAN-Gipfel in Cebu City (PH) im Jänner 2007; www.aseansec.org/asean-anthem, Zugriff am 14.01.2014.

propagierte „*people-oriented*“ Ansatz erscheint vielversprechend und lässt auf eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen hoffen.¹³²

Die Gewährleistung von Menschenrechten und fundamentalen Grundrechten gepaart mit gemeinsamen Anstrengungen der Regierungen, dem Aufklaffen der Schere zwischen Arm und Reich in der Region entgegenzuwirken, bedingt meines Erachtens ein Erwähnen von Human Security in der Charter nicht, um eine an menschliche Sicherheit orientierte Zusammenarbeit zu erkennen. Doch wie wird der Human Security Ansatz von der ASEAN begriffen und innerhalb ihrer Grenzen angewendet? Lassen Sie uns versuchen, diese Frage im Folgenden zu beantworten.

Da der enge *freedom from fear* – Ansatz des Human Security Konzepts für die südostasiatischen Regime – aus Furcht vor Interventionen bei internen Konflikten oder Menschenrechtsverletzungen – im Gegensatz zum weiten *freedom from want* – Ansatz allzu provokant erscheint, ist es verständlich, dass sich die Staatengemeinschaft auf letztgenannten konzentriert. Dies betrifft vor allem Bereiche wie Naturkatastrophen, Armut und Menschenhandel sowie tödliche Krankheiten. Mittels gegenseitiger und internationaler Unterstützung soll das Konzept der menschlichen Sicherheit sowohl auf bilateraler als auch auf multinationaler Ebene umgesetzt werden. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Reaktionen auf den Tsunami 2004: die Einrichtung von Frühwarnsystemen an gefährdeten Küsten sowie eine Vielzahl von entwickelten Trainingsstrategien erfuhren finanzielle und technische Unterstützung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.¹³³

Beweggründe für die Etablierung des Human Security Konzepts in den ASEAN-Ländern waren, wie in Unterkapitel 3.1.3 zu erfahren war, vor allem die Asienkrise von 1997, zahlreiche Naturkatastrophen sowie die Terrorattacken in New York und Bali. Alle diese Ereignisse führten den regionalen Regierungen die Verwundbarkeit ihrer Ökonomien und viele ihrer knapp 560 Mio. Einwohner vor Augen. Surin Pitsuwan fasste dies wie folgt zusammen:

[...] non-traditional security issues are becoming traditional security issues [in Southeast Asia]. The traditional way of dealing with them is no longer

¹³² Vgl. ASEAN 2007; Nishikawa 2009: 232; Nishikawa 2010: 30.

¹³³ Vgl. Nishikawa 2009: 227ff.

adequate. All of these issues have human security dimensions. All the crises we have experienced in the last five years, while the roots may be different, all of them have human security dimensions.¹³⁴

Deshalb sollte die nunmehr 40jährige wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der ASEAN fortgesetzt und um eine sozial- und sicherheitspolitische Dimension, wohlförderungsfördernd und menschenzentriert, ergänzt werden. Mit der Verabschiedung der Charter stellt sich die Staatengemeinschaft diesen Herausforderungen und gründete so nicht nur eine stabile Basis für eine politische Union; durch das Auftreten als ein sicherheitspolitischer Akteur in Südostasien sorgt sie ebenso für wirtschaftliche und politische Stabilität in einer Region, die seit Jahrzehnten von enormen geostrategischen Interessen geformt wurde und durch das Erstarken der wirtschaftlichen und politischen Macht Chinas erneut an Bedeutung zunimmt.

Human security in this sense reflects real world developments that could not be captured by the narrow and military-focused idea of national security.¹³⁵

Auch wenn es von einigen ASEAN-Mitgliedern aufgrund der Auswirkungen auf die eigene Menschenrechtspolitik mit Skepsis betrachtet wird, besteht unter den Mitgliedern ein gemeinsamer Konsens, die Politik der ASEAN zu unterstützen.¹³⁶ Da die Charter, „*inspired by and united under One Vision, One Identity and One Caring and Sharing Community*“¹³⁷ ohne der Zustimmung ihrer Unterzeichner nicht verabschiedet worden wäre, können wir davon ausgehen, dass sich die Mitgliedsstaaten ihrer Verantwortung bewusst sind und die sozial- und sicherheitspolitischen Vorgaben der ASEAN verfolgen.

Der *ASEAN-Way* gibt zwar nur den groben Fahrplan der Beziehung zwischen Nationalstaaten und ihrer Bevölkerung vor, nichtsdestotrotz werden große Anstrengungen übernommen, die Dimensionen menschlicher Sicherheit in den *ASEAN-Way* zu integrieren.¹³⁸

¹³⁴ Surin Pitsuwan zit. nach Acharya 2007: 24f.

¹³⁵ Ebd. 48

¹³⁶ Vgl. Nishikawa 2009: 228.

¹³⁷ ASEAN 2007.

¹³⁸ Vgl. Nishikawa 2009: 229.

Die Errichtung eines „*human rights body for protection and promotion of human rights and fundamental freedoms*“ wurde in der Charter ebenfalls festgeschrieben; die gegründete Kommission nahm im Oktober 2009 ihre Arbeit auf.¹³⁹

5.1.2 DIE ASEAN INTERGOVERNMENTAL COMMISSION ON HUMAN RIGHTS AICHR

Erste Zugeständnisse um gemeinsam gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und zu diesem Zweck einen regionalen Menschenrechtsmechanismus zu installieren, machten die Außenminister der damaligen sechs ASEAN-Staaten¹⁴⁰ bereits 1993 auf der Wiener Menschenrechtskonferenz. Aber erst vierzehn Jahre später wurde dieses Vorhaben mit der ASEAN Charter in die Tat umgesetzt und schließlich im Juli 2009 von den Außenministern verabschiedet. Damit wurde der *ASEAN Intergovernmental Commission on Human Rights* sowie der *ASEAN Commission on the Promotion and Protection of Women and Children ACWC* der Weg geebnet. Als Teil der *ASEAN Community 2015* repräsentiert die AICHR eine mit einem übergreifenden Mandat ausgestattete Schirmorganisation, welche sich Menschenrechtsthemen innerhalb der Gemeinschaft und mit externen Partnern sowie *Stakeholdern* widmet. Als integraler Bestandteil der ASEAN zeigt sich die AICHR für die Verbreitung und Gewährleistung von Menschenrechten und fundamentalen Freiheiten verantwortlich. Indem sich die Gemeinschaft nicht mehr nur auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit fokussiert, bekennt sie sich zu ihrer seit langem notwendigen regional- und globalpolitischen Verantwortung in der Unterstützung von Menschenrechten. Durch Kooperationen mit anderen regionalen Menschenrechtsakteuren (z.B. der *Inter-American Commission on Human Rights* IACHR oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte EGMR) und mit verschiedenen UN-Organisationen (z.B. UNHCR) erfährt die AICHR eine stete Weiterentwicklung auf allen Ebenen. In Zukunft sollen auch regionale Gruppierungen der Zivilgesellschaft in die Arbeit der

¹³⁹ Vgl. ASEAN 2007; ASEAN 2012: 9.

¹⁴⁰ Die ASEAN-Mitgliedsstaaten 1993 waren Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand. Weitere Informationen zur ASEAN, Geschichte und Aufgaben unter www.asean.org.

Kommission eingebunden werden. Die *ASEAN Human Rights Declaration* AHRD, welche unter anderem als Zielvorgabe definiert war, trat 2012 in Kraft und garantiert seit dem für rund 560 Mio. Einwohner grundlegende Menschenrechte. Neben der Forschung, Training und *capacity building* soll eine Bestandsaufnahme der existierenden Menschenrechtsinstrumente in den Mitgliedsländern erfolgen. Das generierte Wissen und die gesammelten Erfahrungen werden gebündelt und in den Mitgliedsstaaten zur effektiven Umsetzung internationaler Vertragsverpflichtungen auf dem Bereich der Menschenrechte genutzt werden.¹⁴¹

Obwohl die AHRD den Mitgliedsstaaten einige Schlupflöcher gewährt, um die festgelegten Menschenrechtsstandards zu umgehen¹⁴², bestimmt sie einen gemeinsamen, wenn auch kleinen Nenner der südostasiatischen Menschenrechtspolitik.¹⁴³

Da aber das Menschenrechtssystem im Allgemeinen kein starres System ist sondern ein fortlaufender nationaler, regionaler und internationaler Prozess, der sich ständig weiter entwickelt und neuen Errungenschaften und Bedrohungen angepasst werden muss, kann die Verabschiedung der AHRD als politischer Meilenstein der ASEAN betrachtet werden.¹⁴⁴

Im Hinblick auf die „semi-demokratischen bis semi-autoritären ASEAN-Regime“¹⁴⁵ bin ich der Meinung, dass dies einen bedeutenden Fortschritt der Region darstellt, welcher nicht unterschätzt werden soll. Bedenken wir, dass sich Myanmar erst 2010 von einer fast fünfzigjährigen Militärdiktatur befreien konnte, erscheint die *ASEAN Human Rights Declaration* durchwegs in einem positiven Licht. Auch wenn sich die Menschenrechtssituation in Südostasien nur langsam verbessern sollte, so höhlt doch der stete Tropfen den Stein. Dieses Dokument zeigt immerhin die Bereitschaft der ASEAN, sich ernsthaft dem internationalen

¹⁴¹ Vgl. ASEAN 2012: 9ff.

¹⁴² In Art. 11 AHRD wird das fundamentale Recht auf Leben von der nationalen Gesetzgebung abhängig gemacht; In Art. 6 kommen Verantwortlichkeiten jeder Person gegenüber anderen Personen, der Gemeinschaft und Gesellschaft zu tragen; In Art. 8 können grundlegende Freiheiten willkürlich und ohne Legitimation staatlich beschnitten werden; In Art. 16 wird zwar jeder Person das Recht auf Asyl zugestanden, allerdings ohne Bezug auf das in internationalen Menschenrechtsdokumenten garantierte *Non-Refoulement*-Prinzip, siehe dazu: www.humanrights.ch; zum Prinzip des *Non-Refoulement* siehe: Wouters 2009: *International legal standards for the protection from refoulement*. Intersentia, Antwerpen.

¹⁴³ Vgl. Informationsplattform humanrights.ch 2012.

¹⁴⁴ Vgl. ASEAN 2012: 17; Nowak 2002: 3.

¹⁴⁵ Gerstl 2009: 162.

Menschenrechtsdiskurs zu stellen. Darüber hinaus haftet der ASEAN durch die regionale Zusammenarbeit bei menschenrechtlichen Themen eine Vorbildwirkung an, die speziell für den südasiatischen und asiatischen Raum von Vorteil sein kann. Wie das Projekt Europa, welches sich von einer Wirtschaftsunion allmählich zu einer Gemeinschaft der Menschen entfaltete, benötigt auch die ASEAN Zeit, damit sie sich Ihrer regionalen Rolle bewusst wird und allmählich den Bedürfnissen ihrer Bevölkerung gerecht wird. Seit langem ist die ASEAN maßgeblich am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel ihrer Mitgliedsstaaten beteiligt und wird früher oder später eine demokratische politische Menschenrechtsdebatte in Südostasien ermöglichen.

Wir können festhalten, dass sich die ASEAN in ihrer Entwicklung seit 2001 vermehrt für Agenden menschlicher Sicherheit und für die Thematik der Menschenrechte empfänglich zeigt und innerhalb ihrer Grenzen die treibende Kraft zur Umsetzung dieser Konzepte ist. Mit der Erkenntnis, dass alle in der Region erfahrenen Krisen die menschliche Sicherheit betreffen und diese das traditionelle Verständnis von Sicherheit erweitert, beschreitet die Gemeinschaft einen verfolgungswerten sowie zeitgemäßen Weg in der regionalen Sicherheitspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Die Etablierung eines Menschenrechtsdiskurses in Form der *ASEAN Intergovernmental Commission on Human Rights* kann die Umsetzung von Human Security Agenden vor allem im Rahmen der EZA intensivieren. Wir dürfen allerdings nicht außer Betracht lassen, dass das ursprüngliche Ziel der ASEAN hauptsächlich eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitglieder war und dieses durch einen gemeinsamen Wirtschaftsraum 2015 angestrebt wird. Ein erneuter ökonomischer Aufschwung der Region, initiiert und stimuliert durch vertiefende Zusammenarbeit untereinander und mit regionalen Partnern wie China, Japan, Indien und Korea, kann zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituationen vieler Menschen in Südostasien beitragen. Die Bereitstellung eines soliden Rahmens für wirtschaftliche Aktivitäten, in dem menschliche Sicherheit und Menschenrechte garantiert werden, bietet jedenfalls sehr gute Voraussetzungen für das *empowering* der Menschen in Südostasien um ihr eigenes Leben selbst zu gestalten und begünstigt somit eine nachhaltige menschliche Entwicklung.

5.2 HUMAN SECURITY IN JAPANS

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Menschliche Sicherheit spielt im von wirtschaftlichen Krisen geprägten Japan¹⁴⁶ eine vielseitige Rolle. Die finanzwirtschaftlichen und strukturpolitischen Probleme im „verlorenen Jahrzehnt“ der Neunzigerjahre wirkte sich negativ auf das außenpolitische Engagement Japans aus.¹⁴⁷

Die Reaktionen auf die Terroranschläge von 9/11 gingen mit dem Aufkommen eines post-1998 juristischen Beamtenstaates einher, bei dem zahlreiche neugegründete Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit der Durchsetzung von Human Security Agenden und *peacebuilding* Projekten in der öffentlichen Entwicklungshilfe (*Official Development Committee* ODA) beauftragt wurden. Der Ausbau der Entwicklungshilfe sollte Japans Rolle in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit stärken; mittlerweile liegt Japans Anteil an der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe bei 18 Prozent. Die Projekte werden vorwiegend vom japanischen Außenministerium MOFA und von der staatlichen *Japan International Cooperation Agency* JICA initiiert, mit dem Ziel, auch in (Post-)Konfliktregionen wie z.B. in Afghanistan die Situation der Menschen nachhaltig zu verbessern.¹⁴⁸

Wie wir bereits in Unterkapitel 3.1.3 erfahren konnten, konzentriert sich die japanische Regierung auf die *freedom from want* – Perspektive menschlicher Sicherheit. Sie sieht in ökonomischen Aufschwung und der Garantie fest verankerter Grundrechte entscheidende Faktoren für globale menschliche Sicherheit und menschliche Entwicklung.

¹⁴⁶ Japan leidet noch immer an den Spätfolgen des Platzens der „*asset bubble economy*“ 1989/90. Sinkende Löhne, Deflation und eine Kreditverknappung führten zu einer 20 Jahre langen Stagnation, die noch heute andauert. Vgl. dazu: Pohl 1999: Japan. Politik und Wirtschaft. Institut für Asienkunde Hamburg; Becker/Heinz/Imhof (u.a.) (Hg) 2003: Geld Macht Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft. Promedia, Wien;
<http://de.ria.ru/zeitungen/20121217/265160401.html>, Zugriff am 20.12.2013.

¹⁴⁷ Vgl. Hieber 2012: 94.

¹⁴⁸ Vgl. Ebd. 95; Hynek 2012: 132f.

5.2.1 JAPANS ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSAusgaben ODA¹⁴⁹

Japan ist nach den USA mit 67% seiner gesamten offiziellen Entwicklungshilfe nach Definition des *Development Assistance Committees* DAC der OECD der zweitgrößte und in absoluten Zahlen der größte Geber in Asien. Dabei ist auffällig, dass Japans ODA-Leistungen 2011 an den wirtschaftlichen Sektor mit 69% fast doppelt so hoch wie der OECD-Durchschnitt sind und lediglich 25% der gesamten Ausgaben an den sozialen Sektor fließen (Abb. 6). Damit liegt Japan im OECD-Vergleich weit abgeschlagen an letzter Stelle.

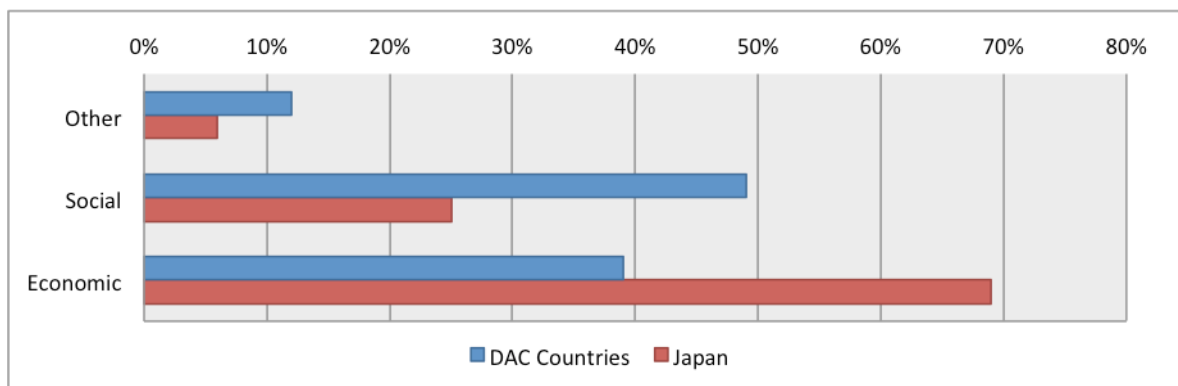


Abb. 6: Japans ODA nach Sektoren im OECD-Vergleich 2011.

Abbildung 7 zeigt uns die Verteilung der öffentlichen EZA im sozialen Bereich: Projekte für Wasserversorgung und „-Entsorgung sowie Bildungsprogramme beanspruchen den Großteil des veranschlagten Budgets (annähernd 70%), während Projekte zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitseinrichtungen und andere soziale Projekte für die Zivilgesellschaft mit 10% nur minimal von der japanischen EZA profitieren.

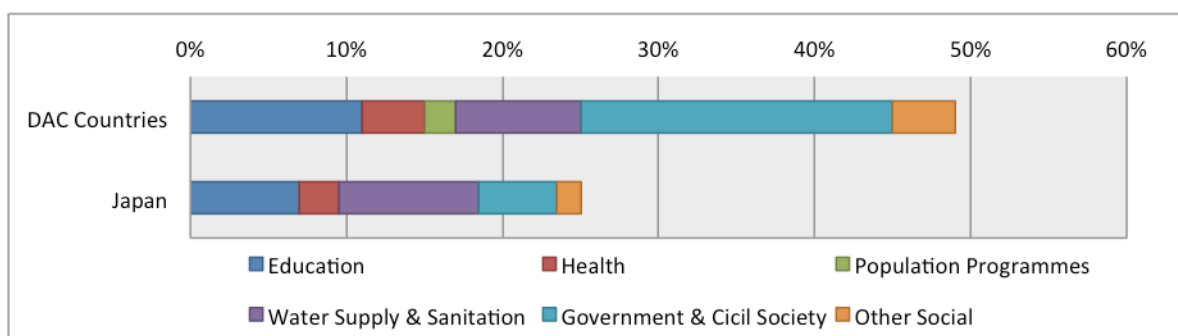


Abb. 7: Japans ODA an den sozialen Sektor im OECD-Vergleich 2011.

¹⁴⁹ Falls nicht ausdrücklich erwähnt, stammen alle Zahlen in diesem Unterkapitel von OECD – DAC, World Bank: www.oecd.org/dac/stats.

Auch wenn die Unterstützung dieser Bereiche mit dem japanischen *freedom from want* – Ansatz konform ist, können wir festhalten, dass Japan selbst am sozialen Sektor vorrangig den Ausbau der Infrastruktur unterstützt.

Richten wir den Blick nun auf die Verteilung der japanischen ODA für den ökonomischen Sektor (Abb. 8), wird der vermeintliche Fokus der japanischen Entwicklungszusammenarbeit auf den ökonomischen Sektor offenkundig: Transport, Kommunikation und Energie dominieren mit ca. 80% die Ausrichtung der offiziellen japanischen Entwicklungshilfe und spiegeln damit hauptsächlich auch die Interessen der japanischen Wirtschaft und des *Ministry of Foreign Affairs* MOFA.

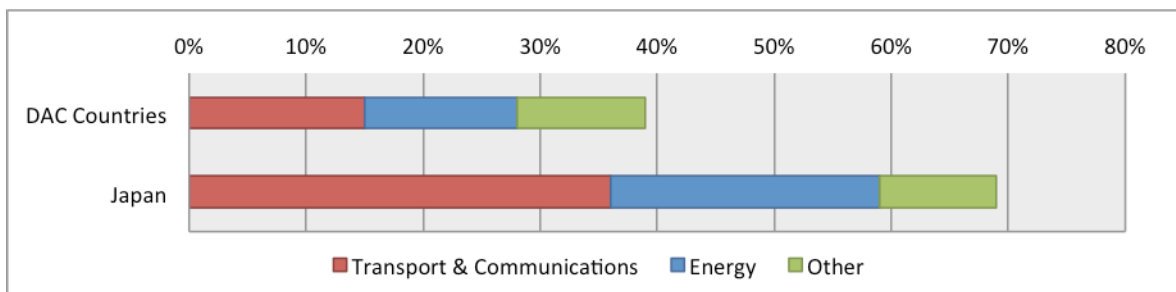


Abb. 8: Japans ODA an den ökonomischen Sektor im OECD-Vergleich 2011.

Doch auch wenn vorrangig eigene Wirtschaftsinteressen verfolgt werden, darf die Bedeutung Japans für die regionale sicherheitspolitische Entwicklung nicht unterschätzt werden. Trotz der lange anhaltenden Deflations- und Kreditverknappungskrise im letzten Jahrzehnt des vergangenen Millenniums konnte Japan von keiner europäischen Volkswirtschaft eingeholt werden¹⁵⁰ und gilt als quasi-Initiator des asiatischen Wirtschaftswunders.¹⁵¹

Südostasien, China und Korea sind für Japan bedeutende Wirtschaftspartner, die wirtschaftlichen Beziehungen beruhen auf einer langen Tradition. Darüber hinaus wäre der rasante ökonomische Aufstieg der Tigerstaaten sowie von Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong ohne Japan wohl kaum möglich gewesen.¹⁵²

¹⁵⁰ Vgl. dazu: World Bank; <http://data.worldbank.org>.

¹⁵¹ Vgl. Hieber 2012: 87.

¹⁵² Vgl. Ebd. 115.

Wie hoch ist jetzt aber der Anteil der offiziellen japanischen Entwicklungshilfe in Südostasien und setzt sich diese Konzentration zugunsten des wirtschaftlichen Sektors in dieser Region fort?

Wie Abbildung 9 zeigt, ist fast ein Drittel der japanischen ODA für die ASEAN-Länder bestimmt, wobei davon wiederum circa zwei Drittel an die Sozialistische Republik Vietnam und die Republik Indonesien fließen. Diese beiden Länder gehören damit zu den Top 3 Empfängern der gesamten japanischen ODA.

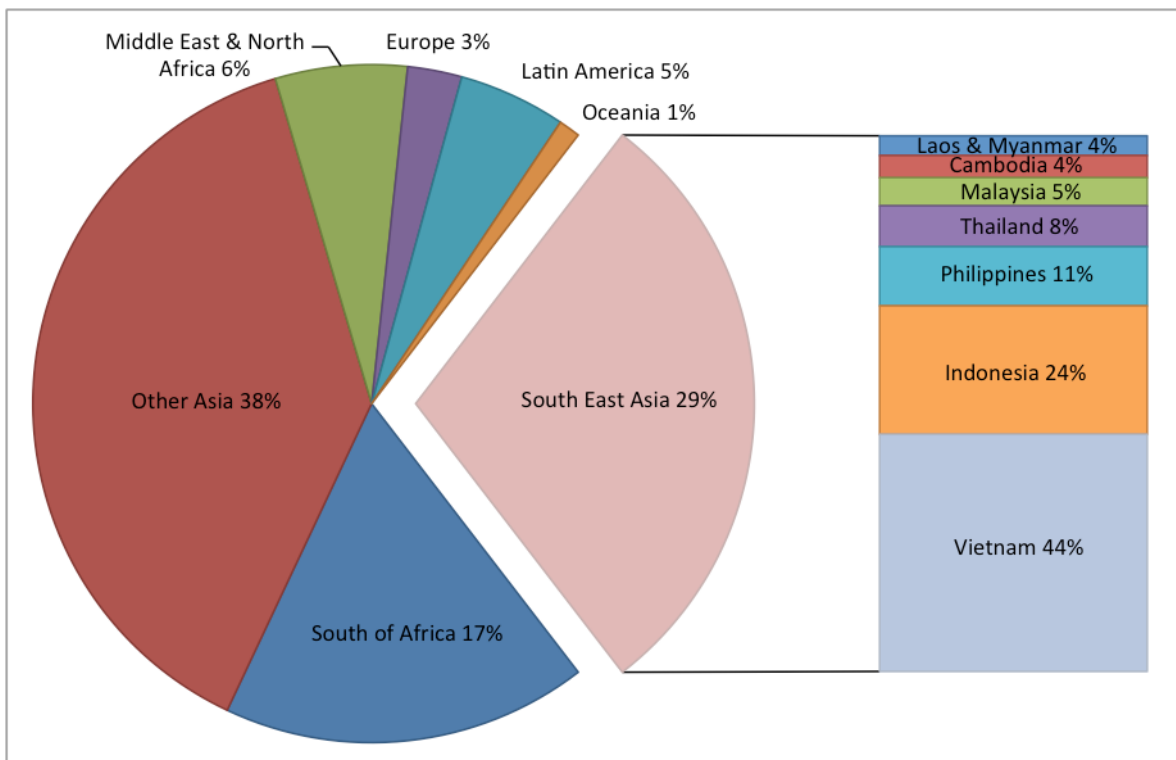


Abb. 9: Japans ODA nach Regionen und im Detail für Südostasien 2011.

Als primärer Grund für die Fokussierung der offiziellen Entwicklungshilfe in diesen beiden Ländern und in der Republik der Philippinen (achtgrößter Empfänger von Japans ODA) darf wohl ihre relative geographische Nähe genannt werden, welche sie als Wirtschaftspartner für Japan und seine Hi-Tech-Unternehmen attraktiv macht. Auch wenn diese tausende Kilometer von den japanischen Inseln entfernt liegen, gelten sie neben der Volksrepublik China als bevorzugte Niederlassungen für Produktionsstätten und bedeutende Absatzmärkte japanischer Unternehmen.

Abbildung 10 veranschaulicht die japanischen Interessen ihrer Entwicklungshilfe in diesen Ländern sehr gut: Der Großteil der Gelder fließt auch in Südostasien und hier ganz besonders in Vietnam in den ökonomischen Sektor. Japans Zuwendungen an Vietnam belaufen sich beinahe auf die gleiche Summe wie die gesamten ODA-Leistungen Japans an die 43 Staaten Subsahara-Afrikas.

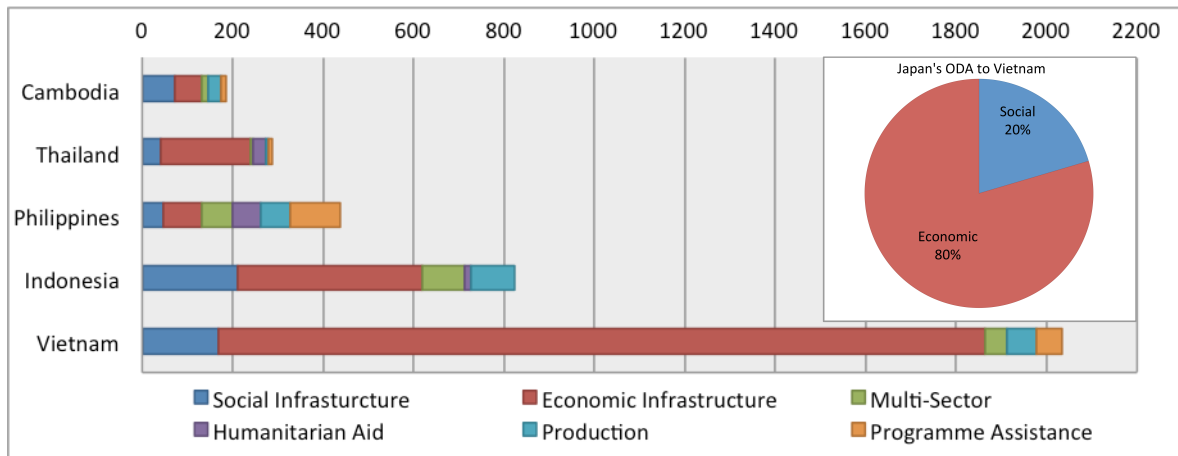


Abb. 10: Japans ODA in Mio. USD in ausgewählten ASEAN-Staaten nach Sektoren und in Vietnam 2011.

Die Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik ist Saskia Hieber zufolge ein strukturelles Merkmal der japanischen Wirtschaftspolitik, wodurch ausländische Märkte erschlossen und die Rohstoffversorgung gesichert werden soll. Vor allem kann der Absatz hochwertiger und teurer japanischer Industrieprodukte für den Erfolg Japans als Exportmacht verantwortlich gemacht werden. Japan wurde sich früh den widrigen Bedingungen seiner Insellage bewusst, die eine geostrategische und transporttechnische Herausforderung darstellt. Dennoch erfolgte die Industrialisierung Japans im internationalen Vergleich relativ spät. Durch die Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten wurde es notwendig, in den umliegenden Regionen zu investieren. Diese Investitionen machte Japan u.a. zum Zugpferd des asiatischen Wirtschaftswunders der Tigerstaaten.¹⁵³

Die internationale EZA beinhaltet nicht nur Armutsbekämpfung und *peacekeeping missions*, Japan widmet sich zunehmend neuen Herausforderungen wie transnationaler Umweltbedrohungen oder der Förderung neuer Energietechniken. Japan sieht seine Anstrengungen, das Konzept der

¹⁵³ Vgl. Ebd. 116ff.

menschlichen Sicherheit in der Außenpolitik zu implementieren, als Erfolg versprechenden Ansatz um auf der internationalen Politbühne zu reüssieren. Auch dies ist ein Grund, warum Japan die Zusammenarbeit mit ASEAN vor allem in der Entwicklungshilfe intensivierte.¹⁵⁴

Der Schwerpunkt der japanischen ODA in Südostasien liegt auf infrastrukturellen Großprojekten, wobei über 70% der Hilfszahlungen als Darlehen gewährt und nicht verschenkt werden. Saskia Hieber befürwortet dieses Vorgehen, da konditionierte Entwicklungshilfe und Kredite besser kontrollierbar seien und effektiver genutzt werden können.¹⁵⁵

■ TOKYO STRATEGY 2012 FOR MEKONG-JAPAN COOPERATION

Das Strategiepapier von 2012 (hier Tokio-Strategie genannt) ist die Fortführung des *Mekong Japan Action Plan* 63, der zwischen 2010 und 2012 rund 4,7 Mrd. USD an japanischer ODA-Unterstützung für die Mekong Region lukrierte. Damit wurden neben Infrastrukturprojekte zu Land, zu Wasser und für die Luftfahrt Projekte zum Erreichen der Millenniumsziele MDG finanziert sowie Anstrengungen unternommen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Region untereinander und mit Japan zu verstärken. Außerdem wurden Programme für die Gesundheit von Kindern initiiert und vorbeugende Maßnahmen gegen Naturkatastrophen und den Klimawandel getroffen. Die Tokio-Strategie soll an diesem Plan anknüpfen und mit erneuten 5,7 Mrd. USD der japanischen ODA bis 2015 für Kontinuität der EZA in der Region sorgen. Eine von drei Säulen der Strategie bildet die Sicherstellung von Human Security und ökologischer Nachhaltigkeit. Diese umfasst Bereiche wie Umweltfragen, Schutz vor Naturkatastrophen und der Klimawandel, Gesundheit, Lebensmittelsicherheit und sozialen Schutz. Durch gemeinsame Risikominimierung und gleichzeitige Stimulierung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Sphäre soll die Basis für nachhaltiges Wachstum in der Region gelegt werden.¹⁵⁶

¹⁵⁴ Vgl. Ebd. 101.

¹⁵⁵ Vgl. Ebd. 121.

¹⁵⁶ Vgl. MOFA 2012.

Nicht außer Acht lassen will ich an dieser Stelle das *Grant Assistance for Grassroots Human Security Project* (GGP), also die finanzielle und kurzfristige Unterstützung für Entwicklungsprojekte auf Graswurzelebene. Dabei können sich lokale NGOs an die jeweilige japanische Botschaft wenden, um von dieser vor allem finanzielle Zuwendungen für die Umsetzung ihrer Vorhaben zu erhalten. Diese Unterstützung liegt im Bereich von 40.000 - 100.000 USD und reicht von der Anschaffung eines Röntgengeräts über Mikrokreditvergabe bis zu Instandsetzung von Schulen, die von Hochwasser unbenutzbar gemacht wurden. Diese Projekte nehmen nur einen sehr kleinen Teil der japanischen ODA in Vietnam ein und werden von Japans EZA kaum geprägt noch beeinflusst. Sie sind deshalb für diese Arbeit nicht relevant.¹⁵⁷

5.2.2 DIE JAPAN INTERNATIONAL COOPERATION AGENCY JICA

Als durchführende unabhängige Organisation der japanischen Entwicklungszusammenarbeit wurde die JICA in der heutigen Form¹⁵⁸ 2003 gegründet. Ihr Mandat ist die internationale Kooperation auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe für die japanische Regierung zu vertiefen. Als eine der weltweit größten bilateralen Entwicklungsorganisation konzentriert sie sich auf die sozioökonomische Entwicklung, den Wiederaufbau in Kriegs- bzw. Krisenregionen und die wirtschaftliche Stabilität von Entwicklungsregionen. Sie koordiniert die Entwicklungsagenden des japanischen Außenministeriums MOFA (*Ministry Of Foreign Affairs*) und zeigt sich für die Administration der japanischen ODA zuständig. Darüber hinaus agiert sie als eine Art *think tank* in Entwicklungsthemen. Eine ihrer Hauptaufgaben sieht JICA im Erreichen menschlicher Sicherheit um Gesellschaften zu bilden, in denen Menschen in Würde leben können. Das Erstarken sozialer und institutioneller Kapazitäten wird die Menschen dazu in die Lage versetzen (*empowering*), um lebensbedrohliche Situationen selbst zu meistern. Zusammen mit der *Japanese Bank for*

¹⁵⁷ Vgl. Embassy of Japan in the Philippines o. J; Nishikawa 2010: 17.

¹⁵⁸ Vgl. zur Geschichte der JICA vor 2003 www.jica.go.jp.

International Cooperation (JBIC) ist die JICA für die Kreditvergabe an Entwicklungsländern zuständig.¹⁵⁹

Für JICAs Verständnis von Human Security bedeutet dies die Konzentration auf den Menschen (*people-oriented*) und dabei auf die sozial Schwächsten und am Verwundbarsten (*socially weak and most vulnerable*), sie vor einer Reihe von Bedrohungen zu beschützen (*to protect*) und sie in die Lage zu versetzen, diese Bedrohungen selbst abzuwenden (*to empower*). Zur Umsetzung dieses Vorhabens sollen u.a. Regierungen in Empfängerländern unterstützt werden, um wirksame Mechanismen und Einrichtungen zu entwickeln, die dies sowohl begünstigen als auch auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung angemessen reagieren können.¹⁶⁰

An den politischen Leitlinien können wir sehen, dass Human Security ein wichtiger Bestandteil der japanischen Entwicklungszusammenarbeit ist. Die JICA versucht, die politischen Vorgaben in die Praxis umzusetzen und hat sich dabei an der Tokio-Strategie zu orientieren. Wie versucht nun aber die JICA in der praktischen Anwendung menschliche Sicherheit in Vietnam auf ein höheres Energieniveau zu heben?

¹⁵⁹ Vgl. dazu www.jica.go.jp sowie www.jbic.go.jp.

¹⁶⁰ Vgl. JICA 2010: 3.

6. IMPLEMENTIERUNG

Lassen Sie uns versuchen diese Frage zu beantworten indem wir zwei Projekte analysieren, die durch die japanische ODA initiiert und in Vietnam umgesetzt wurden. Wir werden dabei nicht die Auswirkungen der Projekte, sondern die Anwendung des Human Security – Ansatzes der JICA untersuchen. Die anschließende Bewertung erfolgt hier in Anlehnung an Otto von Feigenblatts¹⁶¹ Analyse nach den von der JICA eigenen definierten Kriterien menschlicher Sicherheit: (1) Ist das Projekt an die sozial Schwächsten und am Verwundbarsten (*socially weak and most vulnerable*) gerichtet? (2) Hat das Projekt das Potenzial, die Zielgruppe vor Bedrohungen zu schützen (*to protect*) und (3) werden die betroffenen Menschen in die Lage versetzt, diesen Bedrohungen entgegenzutreten (*to empower*)?

Bei einer derartigen Präsenz von Human Security in Japans formulierter Entwicklungspolitik war es nicht zu erwarten, lediglich ein (sic!) Projekt der JICA in Vietnam ausfindig zu machen, dass diesen Anforderungen gerecht wird. Das „*Reproductive Health Project*“ in der Provinz Nghe An wird sowohl von Otto von Feigenblatt als auch von Tan Hsien Li in ihren Beiträgen¹⁶² zu Japans Human Security Umsetzung einer Analyse unterzogen. Die beiden Wissenschaftler sind meinen Recherchen nach die einzigen, die darin auf Onlinequellen zum Projekt hinweisen, die heute nicht mehr existieren. Allerdings ist das Projekt unter einer neuen JICA-Adresse¹⁶³ erreichbar und in vier Absätzen knapp geschildert.

Es ist dies auch der einzig auffindbare Artikel, der dieses Projekt als Human Security – Projekt definiert. In allen anderen Beiträgen zu diesem Projekt sucht

¹⁶¹ Vgl. Feigenblatt 2009: 103ff.

¹⁶² Vgl. Ebd. 117; Tan 2010: 167; sowie www.jica.go.jp.

¹⁶³ JICA 2006.

man diesen Begriff vergeblich. Ein Grund dafür könnte sein, dass zu diesem Projekt nur eine gekürzte englische Version übersetzt wurde und der Großteil der Dokumentation in japanischer bzw. vietnamesischer Sprache erfolgt. Wenn dem so ist, müssten allerdings auch Informationen anderer Human Security – Projekte Japans in Vietnam in englischer Sprache auffindbar sein. Einen so wichtigen Bestandteil seiner EZA, wenn sie denn auch umgesetzt wird, würde Japan in seiner Dokumentation nicht unerwähnt lassen. Da dies aber nicht der Fall ist, können wir davon ausgehen, dass dies das einzige Projekt in JICAS Human Security Portfolio für Vietnam darstellt. Gestützt wird diese Annahme außerdem von der Tatsache, dass in der wissenschaftlichen Bearbeitung dieses Themas keine weiteren Fallstudien sowie andere Dokumente über japanische Human Security Projekte in Vietnam existieren, solche von anderen Ländern allerdings sehr wohl vorhanden sind. Ein sehr verstörendes Ergebnis!

Die JICA unterhält dutzende Projekte menschlicher Sicherheit in der ASEAN und weltweit, darunter auch in Ländern, die einen höheren Index menschlicher Entwicklung vorweisen.¹⁶⁴ Deshalb dürfen wir davon ausgehen, dass auch in Vietnam Bevölkerungsteile von der Stärkung menschlicher Sicherheit profitieren würden. Vom Gegenteil auszugehen wäre unprofessionell, wenn auch romantisch.

Wie aber kann es sein, dass einem Konzept, an dessen globale Verbreitung und Implementierung in internationalen Organisationen die japanische Regierung einen so großen Anteil hatte, keine Bedeutung in der bilateralen EZA mit Vietnam zukommt, der noch dazu der größte Empfänger der japanischen ODA ist?

Nun so ganz richtig ist dies nicht.

In ihrer offiziellen Broschüre zur japanischen ODA in Vietnam¹⁶⁵ bekennt sich die JICA in keiner ihrer definierten Schwerpunkte zu menschlicher Sicherheit, trotz so wichtigen Themen wie Gesundheit, Naturkatastrophen und Klimawandel. Als eine von drei definierten Säulen der Tokio-Strategie für die Zusammenarbeit mit der Mekong Region könne man davon ausgehen, dass menschliche Sicherheit ein dominierendes Thema sei. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall: Es scheint fast so,

¹⁶⁴ z.B. in Bolivien, El Salvador und Sri Lanka; siehe dazu www.jica.go.jp und <http://countryeconomy.com/hdi>.

¹⁶⁵ Vgl. JICA 2013.

als würden die japanischen Akteure versuchen, den Begriff des Human Security in der EZA mit Vietnam zu vermeiden; und als würde ihnen das auch sehr gut gelingen. An einer Stelle der Broschüre ist dann doch noch angeführt, dass die lokalen NOGs der oben genannten Graswurzelprojekte bei den japanischen Behörden finanzielle Unterstützung beantragen können. Die Gelder für das GPP werden von der japanischen Botschaft in Hanoi an lokale Partner, meist NGOs, vergeben und stellen nur einen sehr geringen Anteil von Japans ODA an Vietnam dar. Darüber hinaus werden von japanischer Seite dahingehend keine Projekte oder Programme initiiert oder gar durchgeführt.¹⁶⁶

Diese und die Tatsache, dass von 2006 bis 2010 lediglich 0,2% (ca. 2.5 Mio. USD) der jährlichen japanischen ODA in Vietnam für diese lokalen Akteure vorgesehen war und diese 2011 noch einmal auf 0,07% sank, lässt mich zu dem Schluss kommen, dass menschliche Sicherheit für die japanische ODA in Vietnam wenn überhaupt, nur eine sehr marginale Rolle einnimmt bzw. gänzlich verschwindet. Untermauert wird dies im (in Hinblick auf Human Security) ernüchternden „*Rolling Plan for the Socialist Republic of Vietnam*“¹⁶⁷ der japanischen ODA, der von 2012 an bis 2017 keine Ausgaben mehr für die Unterstützung von Graswurzelbewegungen budgetiert.¹⁶⁸

Jemand kann natürlich argumentieren, dass es der breite Anwendungsbereich menschlicher Sicherheit nicht erforderlich mache, ein Projekt als solches zu bezeichnen. Dem können wir aber entgegen halten, dass diese in der japanischen EZA mit anderen Ländern sehr wohl üblich ist. Dies muss nicht zwingend bedeuten, dass es keine Human Security – Projekte der JICA in Vietnam gibt.

Zusammenfassend macht es wenig Sinn, (1) das „*Reproductive Health Project*“ einer Analyse zu unterziehen, da dies bereits zweimal erfolgt ist und das Ergebnis ohnehin nicht die japanische EZA mit Vietnam im Bereich der menschlichen Sicherheit beschreiben kann. (2) Eine genauere Betrachtung der GGP ist ebenfalls nicht zweckmäßig, da die Projekte nicht von der JICA umgesetzt werden und ohnehin nur einen verschwindend kleinen Anteil der EZA repräsentieren.

¹⁶⁶ siehe dazu www.jica.go.jp/vietnam/english/index.html.

¹⁶⁷ Vgl. Government of Japan 2013: 7.

¹⁶⁸ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of Japan 2012.

Darüber hinaus ist es (3) nicht zielführend, Projekte ohne direktem Bezug zum Human Security Konzept auf die Anwendung dessen zu untersuchen. Damit würde die Untersuchung ad absurdum geführt werden.

Es wäre für mich und sicher auch für sie als LeserIn um einiges interessanter gewesen, die Implementierung von Human Security Projekten zu analysieren um sie dann anschließend bewerten und diskutieren zu können; dieses Ergebnis war meines Erachtens jedenfalls nicht absehbar. Stattdessen müssen wir uns jetzt die Frage stellen, aus welchen Gründen diesem Thema in der Entwicklungszusammenarbeit Japans mit Vietnam keine prominentere Rolle zukommt?

7. ERGEBNIS UND DISKUSSION

Im vorangegangenen Kapitel mussten wir feststellen, dass die Human Security Komponente der japanischen offiziellen Entwicklungshilfe zumindest in Vietnam von beiden Seiten nicht berücksichtigt oder nicht so benannt wird. Während solche Projekten in anderen EZA-Partnerländern Japans an der Tagesordnung sind, ist in Vietnam weder eine Umsetzung erkennbar noch dokumentiert. Die hohen Ansprüche der japanischen Entwicklungspolitik in punkto menschlicher Sicherheit werden somit nicht erfüllt. Aber gerade in einer Region, in der große Teile der Bevölkerung in Armut leben und die regelmäßig von Naturkatastrophen betroffen ist, wäre ein Fokus der japanischen EZA auf menschliche Sicherheit zu erwarten. Noch dazu von einem Land wie Japan, das weltweit das Bewusstsein für menschliche Sicherheit nachhaltig geprägt hat und eine von drei Säulen der japanischen EZA im Rahmen der ODA einnimmt.

Einen ersten Hinweis darauf, dass Theorie und Praxis sich unterscheiden könnten, lieferte uns bereits die Aufschlüsselung der japanischen ODA mit der Konzentration auf den wirtschaftlichen Sektor (Abb. 6). In Vietnam, dem größten japanischen Empfänger an ODA - Zuwendungen, sind sogar unglaubliche 80% für den wirtschaftlichen Sektor bestimmt (Abb. 10). Dies lässt die vermutlichen Interessen der japanischen Regierung in Vietnam erkennen. Zwar werden im Zuge der GGP solche Projekte lokal von der japanischen Botschaft gefördert, jedoch lag diese Unterstützung für 2011 bei lediglich 0,07 % der gesamten für Vietnam bestimmten japanischen ODA. Dazu kommt, dass bis einschließlich 2017 vorerst keine weitere Finanzierung dieser Graswurzelprojekte vorgesehen ist. Da diese Projekte nicht von der JICA angeregt oder durchgeführt werden, ist von einer Analyse dieser abzusehen.

Ein Grund für die Zurückhaltung Japans könnte der traditionelle, staatszentrierte und der am Militär orientierte Diskurs in der Sozialistischen Republik Vietnam sein. In dem kommunistischen Einparteiensstaat sind menschenorientierte Ansätze sowie Zivilgesellschaft kaum ausgeprägt, Nishikawa spricht von einer „buchstäblichen Fremdheit“ menschlicher Sicherheit in Vietnam. Der autoritäre Führungsstil in Staaten wie Kambodscha oder Vietnam verhindert ein Erstarken ziviler und politischer Rechte. Diese Staaten behindern somit die Verbesserung von menschlicher Sicherheit, da befürchtet wird, die Befähigung der Menschen sich selbst zu helfen (*empowerment*), untergrabe ihre Position.¹⁶⁹

Japan konzentriert sich deshalb in der EZA mit Vietnam vor allem auf die *freedom from want* – Perspektive von menschlicher Sicherheit und geht hier mit dem ASEAN – Ansatz konform, der Human Security in sein Projekt der „*people-centered community*“ gut integriert hat, den autoritären Staaten allerdings ihre neorealistische Auffassung von Sicherheit erlaubt. Die autoritäre Regierungsform Vietnams sowie die in der ASEAN Charter verankerten Prinzipien der nationalen Souveränität und des Nichteinmischens stellen für eine auf menschliche Sicherheit ausgerichteten Entwicklungspolitik Japans mit Vietnam eine beträchtliche Hürde dar.¹⁷⁰

Japan scheint diese Barriere damit zu umgehen, indem sich die JICA auf Projekte vor allem im wirtschaftlichen Sektor fokussiert und gleichzeitig versucht, auch im sozialen Bereich den Begriff Human Security in ihrer Projektbeschreibung gänzlich zu vermeiden. Was allerdings nicht heißen soll, dass ihre Projekte negative Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit in der Region haben. Denn die Stimulierung des ökonomischen Sektors durch intensive Zusammenarbeit auf bi- und multilateraler Ebene führen zu wirtschaftlicher Prosperität und Investitionen ausländischer Unternehmen, wodurch Arbeitsplätze geschaffen werden und eine funktionierende Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden kann. Beides sind Faktoren, die die subjektive (=menschliche) Sicherheit vieler Menschen letztendlich erhöhen wird. Japan passt seine Agenden menschlicher Sicherheit an das vietnamesische Regime an und konzentriert sich dabei ausschließlich auf eine

¹⁶⁹ Nishikawa 2010: 46; Tan 2010: 181.

¹⁷⁰ Feigenblatt 2009: 118.

gleichberechtigte wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der offiziellen Entwicklungshilfe.

Die Vorteile Japans für eine solche Zusammenarbeit mit Vietnam sind nicht von der Hand zu weisen. Japan wurde bereits bei der Entwicklung des asiatischen Wirtschaftswunders vor der Asienkrise eine wichtige Rolle zuteil. Doch handelt Japan nicht in altruistischer Absicht, vielmehr sichert es sich mit seinem wirtschaftlichen Engagement in der EZA den Zugang zum vietnamesischen Markt und seinen Rohstoffen. Dies steigert den strategischen Einfluss Japans in einer Region, deren Entwicklung weltweit mit zunehmendem Interesse verfolgt wird. Im wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Kräfteressen zwischen Japan, China und Indien hofft Japan auf eine Imageverbesserung auf internationaler Ebene, wollen sie doch einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zugesprochen bekommen: *„We believe that the role that Japan has played provides a solid basis for its assumption of permanent membership on the Security Council.“*¹⁷¹

Wir haben gesehen, dass die offizielle Entwicklungshilfe Japans in Vietnam vornehmlich dem Eigeninteresse Japans dient, um seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss sowie sein strategisches Interesse in der Region zu verstärken. Doch Vietnam profitiert von diesen strategischen japanischen ODA-Zuwendungen nicht minder. Japan, als größter Geber für Vietnam, kommt eine bedeutende Rolle in der wirtschaftlichen Unterstützung des kommunistischen Landes zu. Mit einer vietnamesischen Exportrate von 11,8% und 10,4% bei Importen stellt Japan auch einen wichtigen Handelspartner für Vietnam dar.¹⁷² Das Land vollzieht im Moment eine Transformation von einer vom Staat kontrollierten Wirtschaft zu einer privat organisierten Marktwirtschaft sozialistischer Prägung.¹⁷³ Die Tokio-Strategie hat auf diesen Prozess einen entscheidenden Einfluss und dadurch die Möglichkeit, die menschliche Sicherheit vieler Menschen zu verbessern. Nur können, so wie Roland Paris kritisiert (3.4.1), in dieser Zusammenarbeit keine Aktionsschwerpunkte gesetzt werden; darüber hinaus ist sie nicht an die „*most vulnerable*“ gerichtet.

¹⁷¹ MOFA 2004.

¹⁷² Vgl. The World Factbook: www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/vm.html.

¹⁷³ Vgl. Nishikawa 2010: 49.

■ FAZIT

Abschließend können wir zusammenfassen, dass sowohl die ASEAN als auch Japan ihr eigenes Verständnis vom Konzept der menschlichen Sicherheit entwickelt haben. Japans Konzentration auf den *freedom from want* – Ansatz harmoniert mit der ASEAN Perspektive, die aufgrund des neorealistischen Grundtenors der Region diesen Ansatz favorisieren. Die ASEAN Charter und die ASEAN Kommission für Menschenrechte sind adäquate Instrumente, um gegen die menschliche Unsicherheit in der Region vorzugehen. Auf der anderen Seite leistete Japan in der Entwicklung dieses Konzepts Pionierarbeit und vollzieht seit Jahrzehnten eine kohärente Entwicklungs- und Außenpolitik. Menschliche Sicherheit ist ein integrativer Bestandteil der Tokio-Strategie, die den Fahrplan der ODA bis 2015 in der Mekong Region vorgibt. Die japanische Entwicklungsagentur JICA versucht die Leitlinien der Politik in ihrer Arbeit als Akteur der japanischen ODA umzusetzen, was ihr scheinbar größtenteils auch gelingt. Sie stützt sich dabei ausnahmslos auf die Definition der japanischen Regierung und übernimmt deren Perspektive menschlicher Sicherheit. In der Zusammenarbeit mit Vietnam kann die JICA Themen von Human Security allerdings gänzlich nicht thematisieren. Eine Instrumentalisierung menschlicher Sicherheit, um Projekte attraktiver erscheinen zu lassen, erfolgt dadurch nicht. Die sozialistische Republik Vietnam profitiert von dieser Zusammenarbeit, ohne dabei ein Erstarken der Zivilgesellschaft befürchten zu müssen, die den autoritären Staat in Frage stellen würde. Dies deckt sich mit dem Human Security Ansatz der ASEAN, für die der *freedom from fear* – Ansatz zu weit in die innerstaatlichen Angelegenheiten eingreift und aus diesem Grund kaum propagiert wird. Stattdessen versucht die ASEAN mit dem *freedom from want* – Ansatz einen Rahmen für eine gemeinsame Strategie ihrer Mitglieder zu schaffen, um vor allem den ökonomischen Sektor zu stimulieren und den Schutz der Bevölkerung vor unvorhergesehenen Katastrophen zu garantieren. Ein *empowerment* der Menschen kann deshalb nur beschränkt erfolgen. Mit der sicherheitspolitischen Betonung ihrer Zusammenarbeit will die ASEAN politische Stabilität und eine regionale Kooperation garantieren. Die ASEAN Charter ist auch ohne Erwähnung des Konzepts von menschlicher Sicherheit ein geeignetes Mittel um zukünftig den

staatszentrierten Fokus zu überwinden und eine *people-oriented* Gemeinschaft in Südostasien zu etablieren.

Japan hingegen blendet im Hinblick auf Vietnams Bedenken zur menschlichen Sicherheit diese Komponente in der EZA mit Vietnam vollkommen aus. Dies ist daran festzumachen, dass mit Ausnahme eines ODA-Projekts in Vietnam keine Projekte mit menschlicher Sicherheit ausdrücklich in Verbindung gebracht werden. Die regionale Kooperation mit Vietnam und im Allgemeinen mit den ASEAN-Staaten stärkt Japans Einfluss in der Region und verhilft dem Inselstaat zu mehr Ansehen in den internationalen Organisationen, allen voran in den Vereinten Nationen. Um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erhalten, bemüht sich Japan um die Betonung seiner Beiträge zu Friedensschaffung und internationaler Sicherheit. Darüber hinaus öffnet die Kooperation Japan die Tür zum südostasiatischen Markt und sichert sich den Zugang zu dringend benötigten Rohstoffen sowie Standortvorteile für die Billigproduktion japanischer Hi-Tech-Waren. Im Hinblick auf gegenwärtig steigende Löhne in der Volksrepublik China gewinnt die Fertigung industrieller Produkte in den ASEAN-Ländern mehr an Bedeutung. Diese für beide Seiten profitable Zusammenarbeit stärkt die wirtschaftliche und politische Stabilität in der Region, kann aber in Vietnam die Verbesserung menschlicher Sicherheit nur indirekt begünstigen.

BIBLIOGRAPHIE

- Acharya, Amitav (2007): *Promoting Human Security: Ethical, Normative and Educational Frameworks in South-East Asia*.
<http://unesdoc.unesco.org/images/0015/001518/151821e.pdf>, Zugriff am 16.01.2014.
- Altwater, Elmar (2003): *Menschliche Sicherheit - Entwicklungsgeschichte und politische Forderungen*. http://www.glow-boell.de/media/de/txt_rubrik_3/Altwater.pdf, Zugriff am 09.09.2012.
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): *Globalisierung der Unsicherheit: Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld und informelle Politik*. Westphälisches Dampfboot, Münster.
- Annan, Kofi (1999): Two concepts of sovereignty. *The Economist*, 18. September 1999, <http://www.economist.com/node/324795>, Zugriff am 4.12.2012.
- Annan, Kofi (2005): *In Larger Freedom. Towards Security, Development and Human Rights for All*. Bericht vom 21. März. United Nations, New York.
- ASEAN (2007): *The ASEAN Charter*. <http://www.aseansec.org/wp-content/uploads/2013/07/ASEAN-Charter.pdf>, Zugriff am 14.01.2014.
- ASEAN (2012): *AICHR. What You Need to Know*. ASEAN, Jakarta.
- Axworthy, Lloyd (1997): "Canada and Human Security." *International Journal* 52, 2: 183-196.
- Beebe, Shannon D./Kaldor, Mary (2012): *Unsere beste Waffe ist keine Waffe. Konfliktlösungen für das 21. Jahrhundert*. Suhrkamp, Berlin.
- Bosold, David (2008): *Menschliche Sicherheit in der Praxis*. In: Ulbert, Cornelia/Werthes, Sascha (Hg): *Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven*. Nomos, Baden-Baden, 123-134.
- Bosold, David/Werthes, Sascha (2005): "Human Security in Practice: Canadian and Japanese Experience." *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1: 84-101.

- Braunmühl, Claudia von (2007): Menschliche Sicherheit - Nachdenkliches zu einem Referenzrahmen. In: Klein, Ansgar/Roth, Silke (Hg): NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 29-45.
- Brunkhorst, Hauke (1999) (Hg): Recht auf Menschenrechte. Menschenrechte, Demokratie und internationale Politik. Suhrkamp, Frankfurt/Main.
- Busumtwi-Sam, James (2008): Menschliche Sicherheit und Entwicklung. In: Ulbert, Cornelia/Werthes, Sascha (Hg): Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven. Nomos, Baden-Baden, 81-109.
- Caballero-Anthony, Mely (2008): Die Etablierung von menschlicher Sicherheit innerhalb eines neuen globalen Sicherheitsumfelds. In: Ulbert, Cornelia/Werthes, Sascha (Hg): Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven. Nomos, Baden-Baden, 149-164.
- Cauquelin, Josiane/Lim, Paul/Mayer-König, Birgit (1998) (Hg): Asian Values. An Encounter with Diversity. Curzon Press, Richmond.
- Cheepensook, Kasira (2006): *The ASEAN Way on Human Security*. <http://humansecurityconf.polsci.chula.ac.th/Documents/Presentations/Kasira.pdf>, Zugriff am 05.10.2013.
- Cockell, John G. (2001): Human Security and Preventive Action Strategies. In: Newman, Edward (Hg): The United Nations and Human Security. Palgrave, New York, 15-30.
- Commission on Human Security (2003): *Human Security Now. Final Report*. <http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/91BAEEDBA50C6907C1256D19006A9353-chs-security-may03.pdf>, Zugriff am 19.03.2012.
- Daase, Christopher (2010): *Der erweiterte Sicherheitsbegriff*. <http://www.sicherheitskultur.org/WorkingPapers/01-Daase.pdf>, Zugriff am 30.03.2012.
- Dauderstädt, Michael (2003): *Weltinnenpolitik angesichts globaler Ungleichheit. Zur (sicherheits-)politischen Ökonomie asymmetrischer Bedrohungen*. <http://library.fes.de/fulltext/id/01631.htm#E9E7>, Zugriff am 18.12.2012.
- De Bary, William Theodore (2000): Asian Values and Human Rights. A Confucian Communitarian Perspective. Harvard Univ. Press, Cambridge.

- Debiel, Thomas/Nuscheler, Franz (1996): Der neue Interventionismus. Dietz, Bonn.
- Dettke, Dieter (2004): Der Sicherheitsbegriff. In: Rinke, Bernhard/Woyke, Wichard (Hg): Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert. Eine Einführung. Leske + Budrich, Opladen, 9-24.
- Duffield, Mark (2004): Netzwerk-Kriege und neue sicherheitspolitische Dimensionen. In: Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (Hg): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. Dietz, Bonn, 72-87.
- Duffield, Mark (2010): "The Liberal Way of Development and the Development-Security Impasse: Exploring the Global Life-Chance Divide." *Security Dialogue* 41, 53-76.
- Embassy of Austria (o. J.): The Human Security Network.
<http://www.austria.org/humansecurity-network>, Zugriff am
- Embassy of Japan in the Philippines (o. J.): Japan's ODA to the Philippines.
<http://www.ph.emb-japan.go.jp/bilateral/oda/grassroots.html>, Zugriff am 17.01.2014.
- Feigenblatt, Otto von (2009): *ASEAN and Human Security: Challenges and Opportunities*.
http://papers.ssrn.com/sol3/Delivery.cfm/SSRN_ID1442476_code1165064.pdf?abstractid=1442476&mirid=3, Zugriff am 05.10.2013.
- Fischer, Martina (2004): Humanitäre Intervention und Prävention. In: Rinke, Bernhard/Woyke, Wichard (Hg): Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert. Leske und Budrich, Leverkusen, 173-200.
- Gerstl, Alfred (2009): ASEAN im Kampf gegen den Terrorismus: Sekuritisierung, "ASEANisierung", Kriminalisierung und Entpolitisierung. In: Grabowski, Meike/Herold, Heiko/Jordan, Rolf (Hg): Sicherheit kontra Menschenrechte. Antiterrorpolitik in Asien. Horleman, Bad Honnef, 161-183.
- Gerstl, Alfred (2010): "The Changing Notion of Security in Southeast Asia: State, Regime and "ASEANized" Human Security." *Pacific News* 34, 4-8.
- Glasius, Marlies/Kaldor, Mary (2005): "Individuals First: A Human Security Strategy for the European Union." *Internationale Politik und Gesellschaft* 1, 62-82.

- Government of Japan (2013): *Japan's ODA: Rolling Plan for the Socialist Republic of Vietnam*. http://www.vn.emb-japan.go.jp/document/pdf/vietnam_2013%20%28EN%29.pdf, Zugriff am 12.12.2013.
- Hamm, Brigitte (1995): Die Universalität der Menschenrechte im Spannungsfeld zwischen kultureller Kontextualisierung und Kulturrelativismus. In: Hamm, Brigitte/Nuscheler, Franz (Hg): *Zur Universalität der Menschenrechte*. INEF Report 11. Uni Duisburg, Duisburg, 18-36.
- Haq, Mahbub-ul (1995): *Reflections on Human Development*. Oxford Univ. Press, New York.
- Hieber, Saskia (2012): *Sicherheit und Frieden in Asien: Konfliktpotentiale und regionale Kooperation*. Wochenschau, Schwalbach.
- Hillmann, Karl-Heinz (2003): *Wertwandel. Ursachen, Tendenzen, Folgen*. Carolus, Würzburg.
- Hynek, Nik (2012): "The Domopolitics of Japanese human security." *Security Dialogue* 43, 119-137.
- ICISS (2001): *The Responsibility to Protect: Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty*. <http://responsibilitytoprotect.org/ICISS%20Report.pdf>, Zugriff am 15.10.2013.
- Informationsplattform humanrights.ch (2012): ASEAN-Erklärung der Menschenrechte. <http://www.humanrights.ch/de/Instrumente/Regionale/ASEAN/index.html>, Zugriff am 20.01.2014.
- JICA (2006): *Reproductive Health Project in Nghe An Province*. http://www.jica.go.jp/english/publications/reports/network/vol32/vol_32_3.html, Zugriff am 12.10.2013.
- JICA (2010): *JICA's "Human Security" Approach. Features and Case Studies*. http://www.jica.go.jp/english/publications/jica_archive/brochures/pdf/human.pdf, Zugriff am 07.11.2013.
- JICA (2013): *Japan's ODA in Vietnam*. http://www.jica.go.jp/vietnam/english/office/others/c8h0vm000001siky-att/brochure_08_en.pdf, Zugriff am 07.11.2013.
- Kaldor, Mary/Martin, Mary/Selchow, Sabine (2007): "Human Security: a new strategic narrative for Europe." *International Affairs* 89, 2: 273-288.
- Langewiesche, Dieter (2001): *Liberalismus heute*. WUV, Wien.

- Mahnkopf, Birgit (2003) (Hg): Zum Konzept der human security und zur Bedeutung globaler öffentlicher Güter für einen gerechten Frieden. WSV, Berlin.
- Ministry of Foreign Affairs of Japan (2012): Japan's ODA Disbursements to Vietnam. <http://www.mofa.go.jp/policy/oda/data/pdfs/vietnam.pdf>, Zugriff am 13.12.2013.
- MOFA (2004): A new United Nations for the New Era. Address by PM Junichiro Koizumi at the 59th Session of the General Assembly of the United Nations. <http://www.mofa.go.jp/policy/un/adress0409.html>, Zugriff am 18.12.2013.
- MOFA (2012): Tokyo Strategy 2012 for Mekong-Japan Cooperation. http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/mekong/summit04/joint_statement_en.html, Zugriff am 18.01.2014.
- Nishikawa, Yukiko (2009): "Human Security in Southeast Asia. Viable Solution or Empty Slogan?" *Security Dialogue* 40, 213-236.
- Nishikawa, Yukiko (2010): Human Security in Southeast Asia. Routledge, ebook Ausgabe, New York.
- Nowak, Manfred (2002): Introduction to the International Human Rights Regime. M. Nijhoff Publ., Leiden u.a.
- Paris, Roland (2001): "Human Security. Paradigm Shift or Hot Air?" *International Security* 26, 2: 87-102.
- Pertierra, Paul (1998): 'The Market' in Asian Values. In: Cauquelin, Josiane/Lim, Paul/Mayer-König, Birgit (Hg): Asian Values. An Encounter with Diversity. Curzon Press, Richmond, 118-138.
- Pospisil, Jan (2007): "Entwicklung und Sicherheit; Historische, theoretische und politische Bedingungen der Integration zweier Schlüsselkonzepte der globalen Machtbeziehungen." *Journal für Entwicklungspolitik* XXIII, 4-2007: 17-37.
- Richmond, Oliver P. (2001): The Limits of UN Multidimensional Peace Operations. In: Newman, Edward (Hg): The United Nations and Human Security. Palgrave, New York, 31-46.
- Rothschild, Emma (1995): "What Is Security?" *Daedalus* 124, 3: 53-98.
- Sand, Klemens van de (1995): "Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in der Sicherheitspolitik." *Entwicklungspolitik* 2/3, n-t.

- Schicho, Walter (2012): Human Rights and Development: A Rights-Based Approach. In: Nowak, Manfred/Januszewski, Karolina M./Hofstätter, Tina (Hg): All Human Rights for All. NWV, Wien, 558-562.
- Schlag, Gabi (2011): Der Sicherheitsbegriff im Wandel. *sicherheitspolitik-blog*. <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2011/12/19/sicherheitsbegriff-im-wandel/>, Zugriff am 16.09.2012.
- Schnabel, Albrecht (2001): Playin with Fire: Humanitarian Intervention Post-Kosovo. In: Newman, Edward (Hg): The United Nations and Human Security. Palgrave, New York, 137-150.
- Schwartz, Shalom H./Bardi, Anat (2001): "Value Hierarchies across Cultures: Taking a Similarities Perspektive." *Journal of Cross Cultural Psychology* 32, 3: 268-290.
- Sira, Inger Helene/Gräns, Jonas (2009): "The promotion of human security in EU security policies." *INEX Policy Brief* Nr.7.
- Stein-Kaempfe, Jaqueline (2008): Human Security - Völkerrechtliche Aspekte eines internationalen Sicherheitskonzeptes zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Schriften zum Völkerrecht Band 180, Duncker & Humblot, Berlin.
- Tadjbakhsh, Shahrbanou/Chenoy, Anuradha M. (2007): Human Security. Concepts and Implications. Routledge, New York.
- Takasu, Yukio (2000): Statement by Director-General Yukio Takasu (Japan Ministry of Foreign Affairs) at the International Conference on Human Security in a Globalized World. http://www.mofa.go.jp/policy/human_secu/speech0005.html, Zugriff am 12.10.2013.
- Tan, Hsien-Li (2010): "Not just global rhetoric: Japan's substantive actualization of its human security foreign policy." *International Relations of the Asia-Pacific* 10, 159-187.
- Thakur, Ramesh (2008): Menschliche Sicherheit, Intervention und die Verantwortung zum Schutz. In: Ulbert, Cornelia/Werthes, Sascha (Hg): Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven. Nomos, Baden-Baden, 110-122.
- Trachsler, Daniel (2003): Menschliche Sicherheit: Klärungsbedürftiges Konzept, vielversprechende Praxis. Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 2003, Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich.

- Ulbert, Cornelia/Werthes, Sascha (2008): *Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven*. Nomos, Baden-Baden.
- UNDP (1994): *Human Development Report 1994. New dimensions of human security*. <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr1994/chapters/>, Zugriff am 08.09.2011.
- United Nations (1991): *Report of the Secretary-General on the Work of the Organization*. <http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=A/46/1&Lang=E>, Zugriff am 28.03.2013.
- Vogelsberg, Karin (2009): "Zwei Seiten einer Medaille." *akzente. Das Magazin der GTZ* 02/09, 12-24.
- Williams, Paul D. (2008): *Security Studies: An Introduction*. Routledge, London.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AHRD	ASEAN Human Rights Declaration
ASEAN	Association of South East Asian Nation
AU	Afrikanische Union
CHS	Commission on Human Security
DAC	Development Assistance Committee
GGP	Grant Assistance for Grassroots Human Security Project (GGP)
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
HDI	Human Development Index
HDR	Human Development Report
HSN	Human Security Network
ICISS	International Commission on Intervention and State Sovereignty
IWF	International Monetary Fond
JBIC	Japanese Bank for International Cooperation
JICA	Japan International Cooperation Agency
MOFA	Ministry of Foreign Affairs (Japan)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
R2P	Responsibility to Protect
UN	United Nations Organization
UNDP	United Nations Development Programme
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
USA	United States of America

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Menschliche Sicherheit als Zustand, menschliche Entwicklung als Prozess.....	12
Abb. 2: Menschliche Sicherheit und menschliche Entwicklung als sich gegenseitig verstärkende Dynamiken	13
Abb. 3: Die vier Dimensionen der erweiterten Sicherheit	20
Abb. 4: Definitionen von Human Security und ihre Verankerung	32
Abb. 5: Drei Dimensionen menschlicher Sicherheit aus europäischer Perspektive.....	39
Abb. 6: Japans ODA nach Sektoren im OECD-Vergleich 2011.	62
Abb. 7: Japans ODA an den sozialen Sektor im OECD-Vergleich 2011.....	62
Abb. 8: Japans ODA an den ökonomischen Sektor im OECD-Vergleich 2011...	63
Abb. 9: Japans ODA nach Regionen und im Detail für Südostasien 2011.....	64
Abb. 10: Japans ODA in Mio. USD in ausgewählten ASEAN-Staaten nach Sektoren und in Vietnam 2011	65

ABSTRACTS

■ DEUTSCH

Menschliche Sicherheit umfasst einen großen Anwendungsbereich in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. In dieser Arbeit wird das Verständnis dieses Konzepts von Akteuren der EZA in Südostasien untersucht. Dabei werde ich aufzeigen, dass Japan ein großer Anteil an der Entwicklung und Verbreitung dieses Konzepts zuteil wird. Das klare politische Bekenntnis zu einer auf menschliche Sicherheit betonten Entwicklungszusammenarbeit ließe dabei auf eine gezielte Umsetzung dieser schließen. Der autoritäre Führungsstil der Sozialistischen Republik Vietnam macht jedoch eine Fokussierung der japanischen EZA auf Human Security unmöglich. Vielmehr wird die japanische ODA von beiden Seiten benutzt, um die ökonomische Entwicklung in Vietnam zu stimulieren. Es wird gezeigt, dass diese Zusammenarbeit sowohl für Japan und vor allem für Vietnam wirtschaftlich von Vorteil ist. Die ASEAN Charter zielt auf eine *people-oriented* Gesellschaft, betont aber gleichzeitig die Prinzipien staatlicher Souveränität und der Politik des Nichteinmischens. Japan, in Form der JICA, kann dabei seinen eigenen Ansprüchen in punkto menschlicher Sicherheit in der Entwicklungszusammenarbeit nicht gerecht werden.

■ ENGLISH

This thesis tries to analyze the concepts of human security performed by development actors in Southeast Asia. The concept of human security was driven from Japan by much effort to gain attention in international organizations. The defined political intentions involve the support of human security in their Official Development Aid and the implementation into certain policies and projects. The neo-realistic Vietnamese regime and its communist rule of law prevent the Japanese development agency JICA from implementing a comprehensive human security perspective. This does not mean that any of them has to suffer; in fact

both sides gain economical profit from this mutual cooperation. JICA is just not in the position to emphasize the notion of human security in their development agenda with the autocratic regime of Vietnam and therefore not able to cope with its predefined human security requirements. Although advocating the development of a people-oriented community, the ASEAN-Members still believe in the principles of state-sovereignty and non-interference.

LEBENS LAUF (GEKÜRZT)

2003	Berufsreifeprüfung
2004	Studium Internationale Entwicklung
07.2006 – 08.2006	<i>Kenyan Voluntary Development Association:</i> Projektmitarbeit in Kisumu, Westkenia
02.2011 – 06.2011	Praktikum am Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte
06.2011 – 12.2011	Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte: Mitarbeit bei Projekt Climmig: <i>Climate-related migration and the need for new normative and institutional frameworks</i>
03.2013 – 08.2013	Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte: Mitarbeit bei einem Projekt der EU Kommission: <i>Corporate Social Responsibility</i> und Menschenhandel im österreichischen Bausektor